Deutscher Bundestag **Drucksache 19/7225**

19. Wahlperiode 21.01.2019

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

21. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik für das Jahr 2017

Inhaltsverzeichnis

		Seite
I.	**Zusammenfassung**	4
II.	**Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Strategische Kommunikation**	6
1.	Ziele und Aufgaben der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik	6
2.	Ziele und Aufgaben der Strategische Kommunikation	6
3.	Ressourcen	7
III.	**Schwerpunkte der Auswärtigen Bildungs- und Kulturpolitik und der Strategischen Kommunikation im Berichtszeitraum**	10
1.	Vorpolitische Freiräume eröffnen durch Kultur und Bildung in außenpolitisch komplexen Zusammenhängen, Krisenzeiten und -regionen	10
	a) Schutz kultureller Identitäten	10
	b) Perspektiven schaffen in Wissenschaft und Forschung	12
2.	Stärkung der europäischen Zusammenarbeit	14
3.	Koproduktion von Wissen und Kultur	15
	a) Koproduktion in Kunst, Musik, Literatur und Film	15
	b) Residenzprogramme im Ausland	15
	c) Humboldt Forum	16
	d) Kreativwirtschaft international	16
	e) Bauhaus	18
	f) Internationaler Jugendaustausch	18
	g) Kulturweit	21

Zugeleitet mit Schreiben des Auswärtigen Amts vom 16. Januar 2019 gemäß Beschluss vom 15. Juni 1994 (Bundestagsdrucksache 12/7890).

Seite

h) Internationale Sportförderung 22
i) Deutsch-Ukrainisches Sprachenjahr 23
j) Erinnerungskultur 24

4. Bildungsbiografien 24

a) Deutsch als Fremdsprache (DaF) 24
b) Partnerschulinitiative PASCH inkl. Deutsche Auslandsschulen 25
c) Wissenschafts- und Hochschulaustausch 26
d) Deutsche Innovations- und Wissenschaftshäuser 28
e) Berufliche Bildung und Weiterbildung 28
f) Künstlerförderung 31

5. Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft 32

a) Förderung der Zivilgesellschaft – Östliche Partnerschaft 32
b) Strategischer Dialog zwischen dem Auswärtigen Amt und privaten Stiftungen 32
c) Friedensverantwortung der Religionen 33
d) Reformationsjubiläum 33
e) Förderung deutscher Minderheiten in Mittel- und Osteuropa einschließlich der Nachfolgestaaten der UdSSR 34
f) Working Holiday Programm des Auswärtigen Amts 34
g) AArtist in Residence-Programm 35
h) CrossCulture-Programm des Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) 35

6. Strategische Kommunikation 35

a) Auslandskommunikation zu Flucht und Migration 36
b) Europa-Kommunikation 36
c) Bürgerdialog 36
d) Das Deutschlandbild im Ausland 37

IV. Die Mittlerorganisationen und andere Einrichtungen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik im Überblick 37

1. Partner und Akteure in einem dynamischen Umfeld 37
2. Überblick 38

Goethe-Institut (GI) 38
Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) 39
Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) 39
Pädagogischer Austauschdienst der Kultusministerkonferenz (PAD) 39
Deutsche UNESCO-Kommission (DUK) 39

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Seite

Deutsches Archäologisches Institut (DAI) 39
Zentralstelle der Bundesregierung für internationale Berufsbildungszusammenarbeit (GOVET) 40
iMOVE: Training – Made in Germany 40
Informations- und Beratungsstelle für Auslandsaufenthalte in der beruflichen Bildung (IBS) 40
Max Weber Stiftung – Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (MWS) 40
Kulturstiftung des Bundes (KSB) 41
Haus der Kulturen der Welt (HKW) 41
Deutsch-ausländische Kulturgesellschaften 41
Fulbright-Kommission 41
Villa Aurora und Thomas Mann House 41
Deutsche Auslandsgesellschaft e. V. 42
Villa Vigoni 42
Deutsche Welle (DW) 42
Auslandskulturarbeit der Kirchen 42
Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) 43
Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung 43
Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) 43

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

I. Zusammenfassung

Der 21. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik[1] umfasst Schwerpunkte, Ereignisse und Projekte der Kultur- und Bildungsarbeit mit Auslandsbezug, der Außenwissenschaftspolitik, sowie der strategischen Kommunikation der deutschen Außenpolitik im In- als auch Ausland im Jahr 2017.

Krisen an vielen Orten der Welt und damit verbundene Flucht und Migration, zunehmende Renationalisierungstendenzen und eine abnehmende Begeisterung für den europäischen Gedanken, Einschränkungen von Freiräumen für Meinung, Wissenschaft und Künste prägten das Berichtsjahr. Vor diesem Hintergrund sind folgende Aktivitäten der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik der Bundesregierung im Berichtszeitraum besonders hervorzuheben:

- Der Einsatz für die Freiheit von Kunst und Wissenschaft weltweit,
  - insbesondere durch die weitere Unterstützung studierfähiger Flüchtlinge in den Herkunftsregionen durch den Ausbau des Drittlandstipendienprogramms Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative Albert Einstein (DAFI) beim Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR),
  - sowie in Deutschland durch das „Leadership for Syria“ Programm des DAAD und den Ausbau der seit 2015 bestehenden „Philipp-Schwartz-Initiative“ für verfolgte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Alexander von Humboldt-Stiftung.

Ergänzt wurden diese Maßnahmen durch die Ausbildung von interessierten Stipendiatinnen und Stipendiaten aller Begabtenförderungswerke zu Flüchtlingslotsen mit dem Projekt „Unsere Zukunft. Mit Dir!“ des Avicenna-Studienwerks und den Ausbau digitaler Formate zur Förderung des Spracherwerbs.

- Den friedenspolitischen Aspekt der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik hat im Berichtszeitraum die Eröffnung des Deutsch-Kolumbianischen Friedeninstituts (CAPAZ) an der Universidad Nacional Bogotá durch den DAAD unterstrichen.
- Die Stärkung der deutschen Sprache erfolgte insbesondere durch die Einführung eines Deutschen Sprachdiploms mit beruflichem Schwerpunkt (DSD Pro) sowie den Ausbau des PASCH (Partnerschul)-Netzwerks (unter anderem erstmalige Aufnahme von Schulen in Mauritius, Myanmar und der Dominikanischen Republik).
- Die zivilgesellschaftliche Dimension wurde insbesondere unterstrichen durch die Verstetigung der Zusammenarbeit und des Austausches im Rahmen des Strategischen Dialogs mit privaten Stiftungen, die Fortsetzung von Maßnahmen zur Stärkung der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland, sowie den öffentlichen Auftakt der Initiative „Friedensverantwortung der Religionen“ mit einer großen Konferenz im Mai 2017 mit 100 Religionsvertretern aus 53 Ländern.
- Im Sinne einer engeren europäischen Zusammenarbeit
  - beschloss der Deutsch-Französische Ministerrat die Einrichtung von mindestens zehn integrierten deutsch-französischen Instituten bis 2020 (Deutsch-Französischer Ministerrat, 13. Juli 2017 in Paris),
  - förderte das Auswärtige Amt drei „Orte der Kultur“ in der Türkei (Izmir, Gaziantep und Diyarbakir) in einem gemeinsamen Projekt mit Frankreich, Niederlande, Schweden und der türkischen Stiftung „Anadolu Kültür“,
  - setzte das Auswärtige Amt die Diskussionsreihe „Dialogue on Europe“ in ausgewählten europäischen Nachbarstaaten, unter anderem Frankreich und Italien, fort,
  - führte in der Bundesrepublik Deutschland fast 50 öffentliche Diskussionsveranstaltungen im Rahmen der Dialogreihen „Welches Europa wollen wir?“ und „Wir gemeinsam in Europa“ durch, darunter „Bürgerwerkstatt Außenpolitik“ anlässlich des 60. Jahrestages der römischen Verträge.
- Der Schutz des kulturellen Erbes wurde fortgesetzt durch
  - die Ausweitung des 2016 gegründeten „Archaeological Heritage Network“ zum Schutz, Erhalt und Wiederaufbau des kulturellen Erbes,
  - das international koordinierte Vorgehen zum Kulturgutschutz und gegen den illegalen Handel mit Kulturgütern, unter anderem mit dem „Übereinkommen über Straftaten im Zusammenhang mit Kul-

[1] Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung in seiner Entschließung vom 15. Juni 1994 (Drucksache 12/7890) aufgefordert, jährlich einen Sachstandsbericht zur Auswärtigen Kulturpolitik vorzulegen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

turgut“ des Europarates vom Mai 2017 und der Resolution 2347 (2017) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zum Schutz von Kulturgut vor Zerstörung und illegalem Handel durch terroristische Vereinigungen.

- Die Vertretung der wissenschaftspolitischen Interessen wurde durch die Reform der Deutschen Häuser für Wissenschaft und Innovation (DWIH) gestärkt.
- Die strategische Fortentwicklung der Auslandskommunikation erfolgte unter anderem durch eine Stärkung der Deutschen Welle, die regionale und inhaltliche Weiterentwicklung der Auslandskommunikation zu Flucht und Migration sowie die Neugestaltung der Webseite www.deutschland.de, die täglich über Deutschland berichtet und in neun Sprachen erscheint.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

II. Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Strategische Kommunikation

1. Ziele und Aufgaben der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

Dank der Unterstützung des Deutschen Bundestages hat die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) als dritte Säule der deutschen Außenpolitik im Berichtszeitraum erheblich an Bedeutung gewonnen. In der Umsetzung haben innerhalb der Bundesregierung insbesondere die Ressorts Auswärtiges Amt (AA), die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) sowie das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) eng zusammengearbeitet.

Mit seinem Entschließungsantrag vom 27. September 2016 hat der Bundestag die mit dem „Review-Prozess“ im Auswärtigen Amt vorgenommene Neuausrichtung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik ausdrücklich unterstützt und inhaltlich weiter fortgeschrieben. Damit ist der von Bundesminister a. D. Steinmeier angestoßene Review-Prozess in diesem Bereich in eine Politik umgesetzt, die das gemeinsame Erarbeiten von Kultur und Wissen in den Mittelpunkt stellt und die in einer krisenbehafteten Welt den Freiheitsanspruch von Meinung, Wissenschaft und Künsten und den Schutz der Kultur und Wissenschaft ernst nimmt und verteidigt. Im Mittelpunkt steht über politische, geographische, kulturelle und soziale Grenzen hinweg die Frage des Zuganges zu Kultur und Bildung.

Damit dies gelingen kann, ist ein gezielter und strategischer Ausbau der AKBP-Strukturen heute notwendiger denn je. Unsere Auffassung von Freiheitsräumen und gesellschaftlichem Fortschritt, von Diversität und dem Schutz kultureller Identität ist Teil eines auch internationalen Wettbewerbs unterschiedlicher Narrative und Werte, wie die von der Hertie School of Governance im Auftrag des Auswärtigen Amts erstellte Wettbewerberstudie unterstrichen hat, welche im Berichtszeitraum vorgestellt wurde.[2]

Es ist Teil seiner außenpolitischen Verantwortung, dass Deutschland in diesem Wettbewerb der Einschränkung von Freiräumen entgegenwirkt und die Werte des internationalen Austausches auf Augenhöhe verteidigt.

Dafür ist eine verstärkte Zusammenarbeit mit europäischen Partnern ebenso unerlässlich wie die Unterstützung eines multilateralen Ansatzes und ein Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 und den globalen Zielen für eine nachhaltige Entwicklung. Die vielfältigen Maßnahmen der Bundesregierung – neben dem Auswärtigen Amt vor allem durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien – zielen unter anderem darauf ab, Menschen weltweit neue berufliche Perspektiven und Bildungschancen zu eröffnen, globale Partnerschaften zu fördern und den Geist der internationalen Zusammenarbeit zu stärken.

2. Ziele und Aufgaben der Strategische Kommunikation

Eine professionelle und nachhaltige Kommunikation im In- und Ausland wird für die deutsche Außenpolitik immer wichtiger. Im Ausland sind die Erwartungen an Deutschlands Rolle und Verantwortung in der internationalen Politik gestiegen. Aber auch im Inland wird es immer notwendiger, für die außenpolitischen Aufgaben der Bundesrepublik zu werben. Bürgerinnen und Bürger verlangen angesichts der vielen außenpolitischen Herausforderungen vermehrt nach Erklärungen zu Deutschlands Positionen und wollen diese diskutieren. Das gilt für aktuelle Krisen und unvorhergesehene oder abrupte Wendungen wie den Brexit genauso wie für langfristige Herausforderungen wie eine nachhaltige Klimapolitik oder Abrüstungsinitiativen.

Mit zunehmender Desinformation durch staatliche und nicht-staatliche Akteure sowie mit den Veränderungen im Umfeld politischer Kommunikation (Stichwort „post-truth“) muss die Bundesregierung strategisch umgehen und deshalb ihre Kommunikationsinhalte und -instrumente anpassen. Auch den Bedarf für einen strategischen Ansatz in der Kommunikation hat die bereits erwähnte Studie der Hertie School of Governance unterstrichen. Demnach investieren vor allem autoritär regierte Staaten massiv in die eigene Public Diplomacy, um das eigene Weltbild insbesondere im digitalen Raum zu verbreiten. Einen wichtigen Beitrag, um der Desinformation staatlicher und nichtstaatlicher Akteure zu begegnen, leistet die Deutsche Welle mit ihrem unabhängigen Programmangebot.

[2] www.hertie-school.org/de/news/detail/content/study-german-foreign-cultural-and-educational-policy.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Um diesen Herausforderungen besser begegnen zu können, entwickelt und steuert die Abteilung Kultur und Kommunikation des Auswärtigen Amts die mittel- und langfristige Kommunikation zu Schwerpunktthemen deutscher Außenpolitik. Ziel der Strategischen Kommunikation ist dabei nicht (Gegen-)Propaganda zu betreiben, sondern ein realistisches Deutschlandbild und objektive Fakten zu vermitteln. Das Auswärtige Amt verfolgt dabei einen dezentralen Ansatz und kommuniziert analog, digital und in innovativen Formaten sowohl über offizielle Regierungskanäle als auch über Dritte bzw. Partner. Beispiele im Berichtszeitraum sind der Relaunch der zentralen digitalen Plattform deutschland.de zur weltweiten Vermittlung eines modernen Deutschland-Bildes oder die Kampagne #Germantowns, um im Vorfeld des 2018 startenden Deutschlandjahres in den USA mit einem „Germanbus“ in ländlichen Gegenden mit US-Bürgern über Deutschland, die USA und gemeinsame Werte ins Gespräch zu kommen.

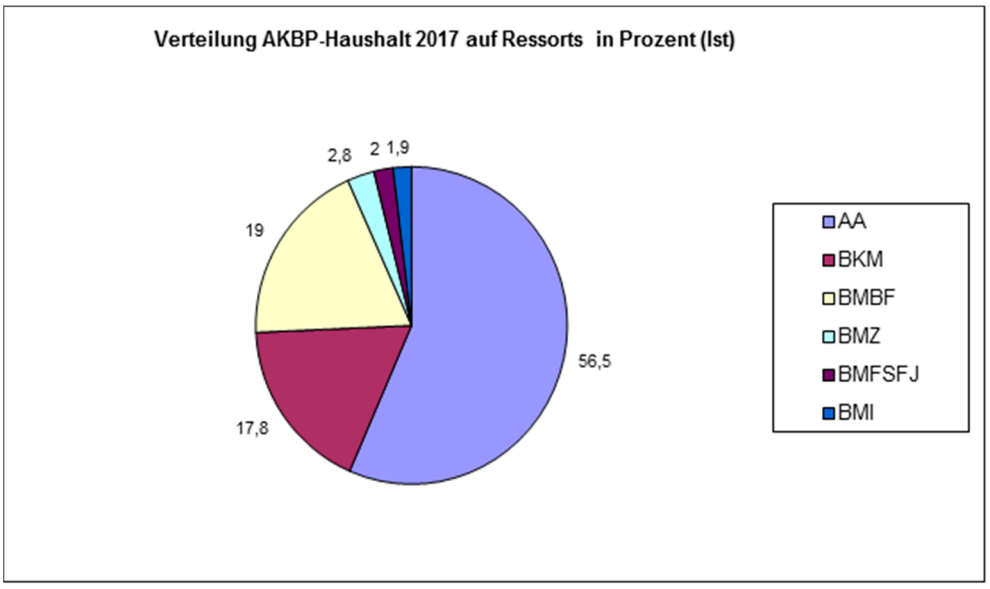
Zu den wichtigsten Tätigkeitsfeldern der Strategischen Kommunikation gehörten im Berichtsjahr auch die Auslandskommunikation zu Flucht und Migration und die Europa-Kommunikation (s. Kapitel III.6.).

3. Ressourcen

Die finanziellen Mittel für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik der Bundesregierung beliefen sich 2017 auf insgesamt 1,849 Mrd. Euro. Davon entfielen 923,8 Mio. Euro allein auf Kapitel 0504 – die Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland. Mit den weiteren Haushaltspositionen (z. B. Deutsches Archäologisches Institut, DAI) liegt der Anteil des Auswärtigen Amts an diesen Mitteln bei fast 57 Prozent. Die weiteren Mittel verteilten sich auf die Haushalte der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) mit rund 18 Prozent, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) mit 19 Prozent, sowie die Bundesministerien für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) (siehe Schaubild 1).

Schaubild 1

Verteilung AKBP-Haushalt 2017 auf Ressorts in Prozent (Ist-Zahlen)

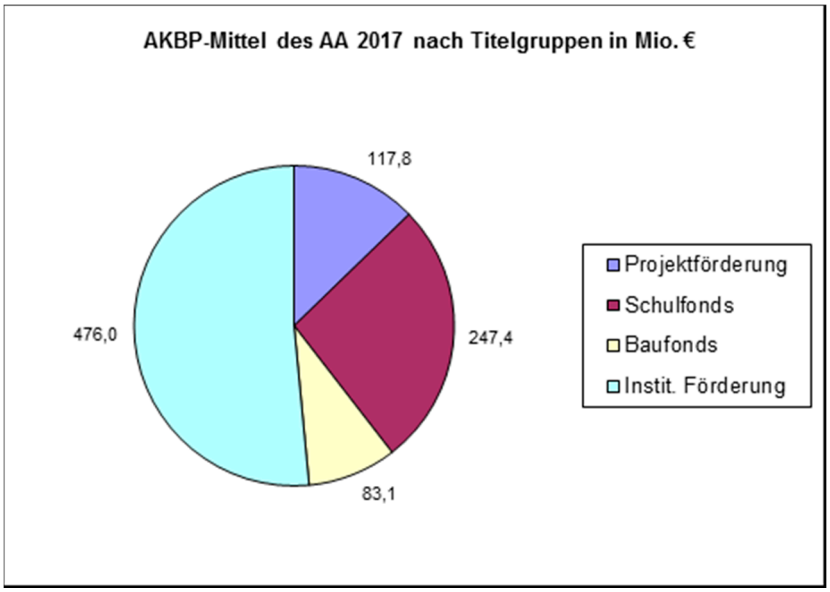


Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Schaubild 2 gibt die Verteilung der im Kapitel 0504 des Auswärtigen Amtes verfügbaren Mittel (923,1 Mio. Euro) wieder:

Schaubild 2

AKBP-Mittel des AA nach Titelgruppen in Mio. Euro (2017)



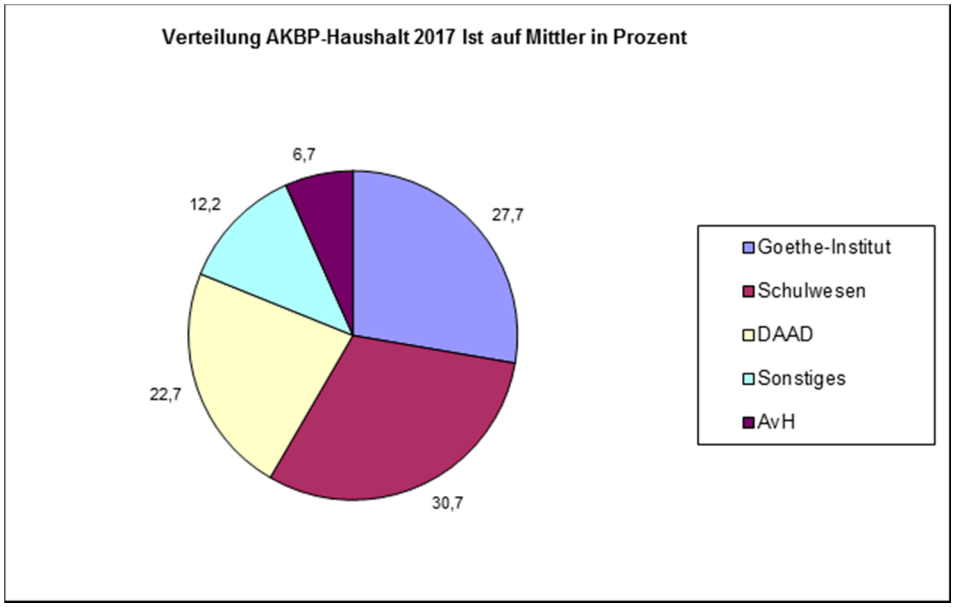
Im Haushalt 2017 wurden für acht vom Auswärtigen Amt institutionell geförderte Mittlerorganisationen finanzielle Mittel in Höhe von insgesamt 477,4 Mio. Euro bei Kapitel 0504 für Personalkosten, Ausstattung, operative Mittel, Programmarbeit und Investitionen veranschlagt. Auf das Goethe-Institut entfielen hiervon 217 Mio. Euro. Die Projektförderung finanzierte das Auswärtige Amt mit 117,8 Mio. Euro. Neben Kulturprojekten werden hieraus auch Stipendien- und Austauschprogramme des Bereichs Wissenschaft und Hochschulen finanziert. Die finanziellen Mittel im Zusammenhang mit den verschiedenen Schultypen des Auslandsschulwesens und für die Vorhaben der internationalen Zusammenarbeit im schulischen Bereich (Schulfonds) beliefen sich 2017 auf 247,4 Mio. Euro. Zuwendungen für Bauprojekte sind darin nicht enthalten. Darüber hinaus wurde aus Kapitel 0502 die Deutsch-Israelische Gesellschaft mit insgesamt 511.000 Euro gefördert (davon entfielen 336.000 Euro auf die institutionelle Förderung).

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Insgesamt hat sich das Budget der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik 2017 wie im Schaubild 3 dargestellt auf die großen Mittler verteilt (Baumaßnahmen sind im Bereich „Sonstiges“ berücksichtigt).

Schaubild 3

Verteilung AKBP-Mittel des AA 2017 auf Mittler in Prozent



Das Deutsche Archäologische Institut – als Bundesanstalt dem Auswärtigen Amt zugeordnet – hat für Personal- und Sachkosten sowie Forschungen auf dem Gebiet der Archäologie und ihrer Nachbarwissenschaften im Jahr 2017 insgesamt 32,7 Mio. Euro erhalten. Hinzu kamen 2017 Haushaltsmittel des Auswärtigen Amts zur Projektförderung an das Deutsche Archäologische Institut in Höhe von 4,4 Mio. Euro.

Das kulturelle Engagement des Auswärtigen Amts im multilateralen Bereich – 2017 in Höhe von 11,7 Mio. Euro – beinhaltete insbesondere Pflichtbeiträge zu verschiedenen Organisationen der Vereinten Nationen, namentlich die „United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization“ (UNESCO), das „International Centre for the Study of the Preservation and Restoration of Cultural Property“ (ICCROM) und den Welterbefonds der UNESCO. Auch die Förderung des Sekretariats der Deutsch-Französischen Hochschule in Saarbrücken und die Unterstützung für das Europa-Kolleg gehören in diese Kategorie.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

III. Schwerpunkte der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und der Strategischen Kommunikation im Berichtszeitraum

1. Vorpolitische Freiräume eröffnen durch Kultur und Bildung in außenpolitisch komplexen Zusammenhängen, Krisenzeiten und -regionen

In vielen Ländern und Regionen nehmen die Herausforderungen bei der Gestaltung der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik zu. Die Gründe für die sich vielerorts verschlechternden Rahmenbedingungen sind zahlreich: gesellschaftliche Polarisierung, von nichtstaatlichen Akteuren ausgehende Gewalt, bewusst lancierte Desinformationskampagnen, staatliche Repressionen nach Innen oder zunehmende Unberechenbarkeit und Aggression nach außen. In manchen Ländern eröffnen politische Entwicklungen aber auch kurzfristig Chancen für eine engere Zusammenarbeit im vorpolitischen Raum.

Engagierte Mitglieder der Zivilgesellschaften, Journalisten, Künstler und Wissenschaftler spüren Einschränkungen, aber auch neu entstehende Bewegungsspielräume zuerst. Ihr Raum für freien Austausch und den Anstoß gesellschaftlicher Erneuerung verändert sich. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, diesen negativen Trends entgegen zu wirken und positive Entwicklungen zu fördern.

Im Berichtszeitraum wurden daher in Zusammenarbeit mit Mittlern und Partnern der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik vorpolitische Freiräume geschaffen und erweitert, in denen ein offener und selbstbestimmter Dialog stattfinden konnte. Ergebnisse wurden dabei nicht vorgegeben, sondern es wurde den oft fragilen und lobbylosen Zivilgesellschaften die Freiheit gegeben, Ideen selbstständig zu formulieren, um Ideologisierung entgegenzuwirken.

Mit Instrumenten wie dem Programm für den Ausbau der Zusammenarbeit mit den Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland (ÖPR) oder der Transformationspartnerschaft in der Region Nordafrika/Nahost (TP) wurde die Unterstützung für zivilgesellschaftliche Kooperation weiter ausgebaut. Es wurde hierbei auch begonnen, die jeweiligen Diaspora-Gemeinden, Kommunen und Jugendliche einzubeziehen.

Gerade in Krisenzeiten und -regionen, wo politischer Dialog oft nur eingeschränkt möglich ist, hält die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik wichtige Kanäle offen und ist damit langfristig politisch von großem Wert.

Die Bundesregierung hat sich im Berichtszeitraum gerade dort für kulturelle Freiräume eingesetzt, wo diese am meisten gefährdet sind. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik leistet Hilfe zur Humanität, indem Zugang zu Kultur und Bildung über politische, geographische, kulturelle und soziale Grenzen hinweg geschaffen wird, der dazu beiträgt, Konflikten und Krisen vorzubeugen und diese zu entschärfen.

Im Berichtszeitraum lagen die besonderen Schwerpunkte in diesem Bereich daher auf dem Schutz kultureller Identitäten und der Schaffung von Bildungsangeboten für Flüchtlinge und verfolgte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland und Drittländern.

a) Schutz kultureller Identitäten

Die umfangreiche Zerstörung von Kulturgut durch Terror, Krieg und illegalen Handel, insbesondere in Syrien, im Irak und anderen Krisen- und Kriegsregionen, bedroht das kulturelle Erbe der Menschheit, ganze Lebensräume und die Grundlagen kultureller Identität. Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik schafft auch in Krisenzeiten Chancen für Annäherung. Maßnahmen des Kulturerhalts haben identitätsstiftende Wirkung und können Grundlagen für Verständigung im vorpolitischen Raum schaffen. Dies ist einer der Beispiele für den Beitrag der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik zur Krisenprävention.

Kulturerhalt: Kulturerhalt-Programm

Im Rahmen seines Kulturerhalt-Programms hat das Auswärtige Amt wichtige Maßnahmen zur Bewahrung bedeutender Kulturgüter und zum Schutz kultureller Identität im Ausland unterstützt. Neben der Fortsetzung von Stabilisierungsprojekten in Syrien und Mali aus 2016 lag der Schwerpunkt auf der Förderung und dem Abschluss von Tempel-Erhaltungsmaßnahmen in Asien (Kambodscha, Thailand, Indonesien, Laos, Myanmar, Vietnam). Darüber hinaus stand auch die Förderung des Erhalts von immateriellem Kulturerbe in Subsahara-Afrika (Simbabwe, Burkina Faso, Nigeria, Südafrika) im Fokus.

In Laos, Thailand und Indonesien konnten nach jeweils sechsjähriger Unterstützung in Kooperation mit den Landeskulturbehörden drei umfangreiche Vorhaben an herausragenden Zeugnissen der kulturgeschichtlichen Vergangenheit dieser drei Länder abgeschlossen werden: der Erhalt der Wandmalereien des Wat Sisaket in Vientiane (Laos), die Restaurierung der durch Überflutung beschädigten Tempelanlage Wat Ratchaburana in Ayutthaya (Thailand) und die Konservierung des durch einen Vulkanausbruch bedrohten Tempels Borobudur

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

(Indonesien). In der Tempelanlage Angkor Wat in Kambodscha wurden 2017 die 20jährige Förderung des German Apsara Conservation Projekts und der 25. Jahrestag der Ernennung von Angkor zur UNESCO-Welterbestätte begangen.

In Reaktion auf das Erdbeben in Myanmar 2016 wurden im Mai 2017 zwei Tempel der Anlage von Bagan für Konservierungsmaßnahmen und die Ausbildung von Restauratoren in Abstimmung mit dem myanmarischen Kulturministerium identifiziert.

Durch den Erhalt eines Museums zur alten Schmiedekunst in Burkina Faso, die Dokumentation von traditioneller Trommel- und Gitarrenmusik in Simbabwe und die Digitalisierung von Klang- und Filmarchiven in Nigeria und Südafrika konnte bedeutendes immaterielles Kulturerbe Afrikas aufgearbeitet und vermittelt werden. Die deutschen Projektträger arbeiteten dabei eng mit lokalen Institutionen und Ministerien zusammen.

„Stunde Null“ und Archaeological Heritage Network

Angesichts der umfangreichen Zerstörungen von Kulturgut in Syrien, Irak und anderen Krisen- und Kriegsregionen erhält die Aufgabe und die Verpflichtung zum Schutz und Erhalt des kulturellen Erbes immer höhere Relevanz und Dringlichkeit. Kulturarbeit ist dabei essentieller Teil des umfassenden politischen Ansatzes für Syrien und andere Krisengebiete. In Reaktion auf die krisenbedingten Herausforderungen für den Kulturerhalt wurde im April 2016 in Berlin mit 18 Institutionen das Archaeological Heritage Network (ArcHerNet) gegründet. Das Netzwerk, dem unter anderem das Deutsche Archäologische Institut (DAI), die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die Deutsche UNESCO-Kommission, die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und wissenschaftliche Einrichtungen, Institutionen des Kulturerhalts und der Denkmalpflege, Universitäten (wie unter anderem die RWTH Aachen) und Museen angehören, bündelt in Deutschland vorhandene Expertise zu Kulturerhalt und Denkmalpflege. Dem Netzwerk gelingt es, herausragende Kompetenzen an Hochschulen, Forschungseinrichtungen etc. zusammenzuführen mit dem Ziel, dieses Wissen über Projektarbeit unter anderem im Bereich der Digitalisierung von Archiven, über wissenschaftliche Vernetzung und neue Formate der öffentlichen Kommunikation in den Dienst des Kulturerhalts in Syrien und der Region zu stellen. Das ArcHerNet hat sich unter der Führung des DAI als Kompetenznetzwerk in kürzester Zeit zu einem international sichtbaren Forum im Dienste der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik entwickelt, das mit Partnern, darunter die UNESCO, weltweit kooperiert.

Stunde Null – eine Zukunft nach der Krise ist Leitmotiv und Aktionsrahmen des ArcHerNet. Das Stunde Null-Maßnahmenpaket hat zum Ziel, das kulturelle Erbe in Syrien zu dokumentieren und dessen möglichen Wiederaufbau vorzubereiten. Deutsche Erfahrungen beim Wiederaufbau nach 1945 können unter anderem in die Entwicklung von Leitfäden im Umgang mit urbanen Zerstörungskontexten einfließen. Syrische und irakische Fachleute, Studierende und künftige Entscheidungsträger/innen werden in den Bereichen Architektur, Archäologie, Denkmalpflege, Bauforschung, Stadtplanung sowie im Handwerk in Deutschland oder in den Anrainerstaaten Syriens aus- und fortgebildet, um Wissentransfer zu ermöglichen und Kapazitäten in den Bereichen Kulturerhalt und Kulturgüterschutz aufzubauen. Das Spektrum der Projekte reicht von der Vermittlung von Grundlagen für den Aufbau digitaler Dokumentationsstrukturen bis zur Erarbeitung von Werkzeugkästen für den kultursensiblen Wiederaufbau von urbanem Kulturerbe in Krisenregionen. Mit Stunde Null-Projekten werden ganz konkrete Schritte unternommen, um syrischen Flüchtlingen und Experten die Möglichkeit zu geben, die Zukunft ihres Landes zu gestalten und ihnen Perspektive für die Zeit nach der Krise zu geben. ArcHerNet und Stunde Null stehen für die Bündelung von Wissen und den Aufbau von Netzwerken im Sinne verantwortungsvoller partnerschaftlicher Zusammenarbeit. Im ersten Jahr seines Bestehens ist es dem ArcHerNet gelungen, seinen Wirkungskreis erheblich auszuweiten und entscheidende Beiträge der internationalen Expertengemeinschaft für den Kulturerhalt in der Wiederaufbauphase etwa von Palmyra oder Aleppo zu generieren.

Internationaler Kulturgüterschutz und Kulturgüterrückführung

Die unrechtmäßige Verbringung von Kulturgütern ist seit Jahrzehnten international geächtet, insbesondere durch das UNESCO-Übereinkommen über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der unzulässigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut vom 14. November 1970, dem inzwischen 137 Staaten beigetreten sind. Dennoch ist das Kulturerbe in vielen Ländern noch immer durch gezielte Zerstörungen, Raubgrabungen, Plünderungen, Diebstahl oder illegale Ausfuhr bedroht. Der illegale Handel mit Kulturgütern schadet nicht nur der kulturellen Identität der Herkunftsstaaten, sondern beschädigt Stück für Stück das kulturelle Erbe der Menschheit insgesamt. Nur zu oft gehen damit historische und kulturelle Erkenntnismöglichkeiten für immer verloren. Darüber hinaus trägt der illegale Handel mit Kulturgütern in vielen Regionen auch zur Finanzierung von organisierter Kriminalität und Terrorismus bei.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Im Frühjahr 2017 verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine von Deutschland mit eingebrachte Resolution[3] zum Schutz von Kulturgut vor Zerstörung und illegalem Handel durch terroristische Vereinigungen. Am 30./31. März 2017 fand erstmals ein Kulturministertreffen im Rahmen der G7 in Florenz statt. Deutschland war dort durch Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer vertreten. Die Erklärung von Florenz setzte einen weiteren Impuls für ein international koordiniertes Vorgehen zum Kulturgutschutz in bewaffneten Konflikten, gegen gezielte Zerstörungen von Kulturgütern und gegen illegalen Kulturguthandel.

Auch der Europarat trägt mit dem neuen „Übereinkommen über Straftaten im Zusammenhang mit Kulturgut“ vom 19. Mai 2017 zum internationalen Schutz von Kulturgütern bei. Deutschland hat aktiv an der Erarbeitung dieses Übereinkommens mitgewirkt, das verbindliche Mindeststandards bei Strafrechtsvorschriften in Bezug auf die Zerstörung, Plünderung und illegale Ein- und Ausfuhr von Kulturgütern schafft.

In Deutschland konnten auf der Basis des modernisierten Kulturgutschutzrechts (Kulturgutschutzgesetz vom 6. August 2016 (KGSG)) zahlreiche Kulturgüter sichergestellt werden, bei denen die legale Ausfuhr aus dem Herkunftsland zweifelhaft erschien. Der Verdacht der unrechtmäßigen Ausfuhr bestätigte sich bei einer Reihe dieser sichergestellten Kulturgüter, die dann an die Herkunftsstaaten zurückgegeben werden konnten. Der Bekämpfung der illegalen Ausfuhr von Kulturgütern aus den Herkunftsländern dient auch das von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund des KGSG eingerichtete Kulturgutschutz-Portal (www.kulturgutschutz-deutschland.de), das über die Kulturgutschutz- und Ausfuhrvorschriften der Herkunftsländer informiert.

Auf Ebene der Europäischen Union hat Deutschland, gemeinsam mit Frankreich und Italien die Schaffung EU-weiter Einfuhrregelungen vorgeschlagen, um Handel mit illegal aus ihren Herkunftsstaaten ausgeführten Kulturgütern zu bekämpfen. Die EU-Kommission hat diese Initiative aufgegriffen und im Juli 2017 den Entwurf für eine entsprechende Einfuhrverordnung für Kulturgüter aus Drittstaaten vorgelegt. Im Rahmen der noch laufenden Verhandlungen über dieses Dossier setzt sich die Bundesregierung unter Federführung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien für effektive Regelungen ein, die sich im Einklang mit geltendem EU- und Völkerrecht befinden (hier insbesondere mit dem vorgenannten UNESCO-Übereinkommen von 1970), aber auch für sämtliche Regelungsadressaten – Kunsthandel und Behörden – praktikabel sind.

b) Perspektiven schaffen in Wissenschaft und Forschung

In Krisenzeiten und -regionen den Zugang zu Bildung und Forschung zu ermöglichen und damit wissenschaftliche und akademische Perspektiven zu schaffen, ist ein zentrales Anliegen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Das gilt für junge Menschen auf dem Weg zu einem Universitätsabschluss ebenso, wie für ausgebildete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Philipp-Schwartz-Initiative

Die Zahl der von Krieg und Verfolgung bedrohten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist im Berichtsjahr weiter gestiegen. Für viele von ihnen bietet die Philipp-Schwartz-Initiative (PSI) oft die erste Perspektive, weiterhin wissenschaftlich tätig zu sein. PSI wurde 2015 vom Auswärtigen Amt gemeinsam mit der Alexander von Humboldt-Stiftung ins Leben gerufen. Mit ihrer Hilfe können deutsche Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen gefährdete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für bis zu drei Jahre bei sich aufnehmen. Alleinstellungsmerkmal von PSI ist die Verbindung wissenschaftlicher Exzellenz und der Gefährdungslage der betroffenen Wissenschaftler, die ausschließlich vom internationalen Netzwerk Scholars at Risk Network (SAR) bestehend aus Hochschulen, Forschungsinstitutionen und Wissenschaftsorganisationen festgestellt wird. Bis jetzt wurden über 159 Forscherinnen und Forscher gefördert, von denen die meisten aus der Türkei und Syrien gekommen sind. Die Unterstützung durch zahlreiche Stiftungen und Privatpersonen für die Philipp-Schwartz-Initiative (unter anderem die Robert Bosch Stiftung, Gerda Henkel Stiftung, Fritz Thyssen Stiftung, Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, Klaus Tschira Stiftung und Stiftung Mercator) verdeutlicht die breite gesellschaftliche Zustimmung zu dieser Initiative.

Leadership for Syria

Mit dem „Leadership for Syria“-Programm des Auswärtigen Amtes studieren seit Beginn des Programmes im Jahr 2015 221 Syrerinnen und Syrer an über 60 deutschen Hochschulen in Bachelor-, Master- oder Promotionsprogrammen. Die ersten 17 Stipendiaten haben bereits ihr Studium erfolgreich abgeschlossen. Nordrhein-Westfalen beteiligt sich am Programm mit 21 zusätzlichen Stipendienplätzen für Masterstudierende. Für die Master-

[3] Resolution Nr. 2347, 24. März 2017.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

und Promotionsstipendiaten ist zusätzlich ein verpflichtendes Begleitstudium an der Universität Konstanz in den Bereichen demokratisches Gesellschaftsverständnis, nachhaltige Wirtschaftspolitik und Führungskompetenz Teil der Ausbildung.

Deutsche Flüchtlingsinitiative Albert Einstein beim UNHCR

Die weitaus größeren Lasten der weltweiten Migrations- und Fluchtbewegungen tragen Länder außerhalb Europas. Bildungsangebote in diesen Regionen sorgen dafür, dass nicht nur die Beschäftigungsfähigkeit von Migrantinnen und Migranten, sondern auch deren gesellschaftliche Integration gefördert und ein Beitrag zum wirtschaftlichen Wohlstand in diesen Transit- und Erstaufnahmeländern geleistet wird. Daher hat das Auswärtige Amt seine Unterstützung der Deutschen Akademischen Flüchtlingsinitiative Albert Einstein (DAFI) beim Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) mit rund 4.000 zusätzlichen Stipendien im Berichtszeitraum stark erhöht. Das seit 25 Jahren erfolgreiche DAFI-Programm ermöglicht anerkannten Flüchtlingen in ihren Erstaufnahmeländern den Zugang zu einem Hochschulstudium. Bis zu 820 Stipendien werden für syrische Flüchtlinge in der Türkei vergeben, weitere 980 stehen für Flüchtlinge in Jordanien, Libanon, Ägypten und im Nordirak zur Verfügung. Darüber hinaus können rund 650 Flüchtlinge aus Somalia, dem Kongo und aus dem Sudan ein Studium aufnehmen, die meisten davon in Äthiopien, Kenia und Uganda. Seit vielen Jahren unterstützt DAFI auch afghanische Flüchtlinge, die zweitgrößte Flüchtlingsgruppe weltweit, die kaum Zugang zu höherer Bildung und Ausbildung haben. Insgesamt wurden im Jahr 2017 350 der zusätzlichen Stipendien an Afghaninnen und Afghanen vergeben, die in Iran, Pakistan und Indien leben.

Sur-place Flüchtlingsstipendien des DAAD

Mit seinem Engagement für DAFI nimmt Deutschland international eine Vorreiterrolle im Bereich Hochschulbildung für Flüchtlinge ein. Das Auswärtige Amt ermöglicht darüber hinaus rund 220 syrischen Flüchtlingen über Sur-place Stipendien des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) ein Studium an einer der deutschen binationalen Universitäten in den Nachbarländern Syriens. Im Fokus stehen dabei besonders die Türkisch-Deutsche Universität (TDU) in Istanbul mit 49 Stipendien, die Deutsch-Jordanische Universität (GJU) in Amman mit 100 Stipendien und die Universität Helwan in Kairo mit 25 Stipendien. Der damalige Bundesaußenminister Sigmar Gabriel informierte sich bei einem Besuch am 24. April 2017 an der GJU über das Programm.

Das Deutsch-Kolumbianische Friedeninstitut

2017 hat das mit Mitteln des Auswärtigen Amtes vom DAAD geförderte Deutsch-Kolumbianische Friedeninstitut (CAPAZ) seine Arbeit aufgenommen. Das CAPAZ ist an der größten staatlichen Universität Kolumbiens, der Universidad Nacional, angesiedelt und kooperiert mit deutschen und kolumbianischen Hochschulen. Der damalige Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hat gemeinsam mit Kolumbiens Außenministerin María Ángela Holguín unter großer politischer und medialer Aufmerksamkeit an der Auftaktveranstaltung am 13. Januar 2017 in Bogotá teilgenommen. Das CAPAZ soll den nach mehr als 50 Jahren Bürgerkrieg fragilen Friedensprozess als Forschungs-, Studien- und Beratungseinrichtung mit Expertise und Ausstrahlung in die Regionen Kolumbiens zu wichtigen Fragen der Friedensforschung, historischen Aufarbeitung, Konfliktprävention und Gestaltung einer Post-Konflikt-Gesellschaft begleiten.

Stipendien- und Betreuungsprogramm für ausländische Studierende (STIBET)

Das bundesweite Stipendien- und Betreuungsprogramm (STIBET) des DAAD steigert die internationale Attraktivität des Hochschulstandorts Deutschland durch verbesserte Rahmenbedingungen für ausländische Studierende und (Post-)Doktorandinnen und Doktoranden. In den 14 Jahren seines Bestehens hat es sich als zentrale Komponente in der Betreuung ausländischer Studierender sowie Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler und zur Verbesserung der Willkommenskultur an deutschen Hochschulen etabliert. STIBET stellte in diesem Rahmen Hochschulen Mittel für die Vergabe von mehr als 4000 Stipendien im Jahr 2017 und für die fachliche und soziale Betreuung ausländischer Studierender zur Verfügung. Außerdem fördert das Programm ausgewählte innovative Einzelmaßnahmen, die darauf abzielen, die Zusammenarbeit der mit der Betreuung befassten Institutionen vor Ort zu verbessern, die interkulturelle Kompetenz von Studierenden und Hochschulpersonal zu erhöhen und die Integration von Absolventen in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat, ergänzend zu der regulären Förderung von Studierenden aus Entwicklungs- und Schwellenländern, die Initiative „1.000 Stipendien für afrikanische Studierende“ ins Leben gerufen. Im Rahmen dieses Programms erhalten 1000 afrikanische

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Studierende ein Stipendium für ein Studium in den Bereichen Ernährungssicherung oder Konfliktprävention. Der DAAD erhält hierfür vom BMZ im Zeitraum 2015 bis 2020 Mittel aus den Sonderinitiativen „Eine Welt ohne Hunger“ und „Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge reintegrieren“. 2017 wurden bereits 852 dieser Stipendien vergeben, davon rund 55 für ein anwendungs- und entwicklungsorientiertes Master- oder Promotionsstudium in Deutschland und rund 800 für ein Studium im Heimatland oder der Heimatregion.

Avicenna-Studienwerk – „Unsere Zukunft. Mit Dir!“

Mit dem Projekt „Unsere Zukunft. Mit Dir!“ bildet das Avicenna-Studienwerk interessierte Stipendiatinnen und Stipendiaten zu Flüchtlingslotsen aus. Zu den vom BMBF geförderten Begabtenförderungswerken gehört seit 2013 das Avicenna-Studienwerk, das sich der Förderung begabter und gesellschaftlich engagierter muslimischer Studierender widmet. Das Projekt „Unsere Zukunft. Mit Dir!“ ist Teil der ideellen Förderung und steht den Stipendiaten aller Begabtenförderungswerke offen. In einer ersten Stufe werden im Rahmen von Wochenendschulungen interessierte Stipendiatinnen und Stipendiaten auf die Beratung und Unterstützung von Flüchtlingen vorbereitet. Im Fokus der zweiten Stufe stehen konkrete Aktionen der Stipendiaten, die geflüchteten Kindern, Schülern und Schülerinnen, Studierenden sowie Müttern unabhängig von ihrer Nationalität und Religion zu Gute kommen. Zentrales Merkmal des Projektes ist der besondere Zugang insbesondere der muslimischen Stipendiatinnen und Stipendiaten zu den Geflüchteten aufgrund ihrer Religion, ihrer Sprachkenntnisse und ihrer eigenen persönlichen Erfahrungen. Die teilnehmenden Stipendiaten sollen als Multiplikatoren agieren, Mitmenschen sensibilisieren und zur Unterstützung und Integration von Flüchtlingen mobilisieren.

2. Stärkung der europäischen Zusammenarbeit

Die Stärkung der europäischen Zusammenarbeit und Förderung der europäischen Identität waren ein Schwerpunkt der kulturpolitischen Agenda im Berichtszeitraum und unterstützen die postnationalstaatliche Ausrichtung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. In diesem Sinne hat der Deutsch-Französische Ministerrat in Paris am 13. Juli 2017 beschlossen, die Gründung von zehn integrierten deutsch-französischen Kulturinstituten anzustreben. Außerdem eröffnet das Goethe-Institut im Zusammenwirken mit anderen europäischen Kulturinstituten, Stiftungen und türkischen Partnern in der Türkei in drei Städten „Orte der Kultur“, die die kulturelle Infrastruktur in den Regionen stärken und der dortigen Zivilgesellschaft dringend benötigte Freiräume und Wirkungsmöglichkeiten bieten. Damit entsteht ein Pilotprojekt für gemeinsame europäische, postnationalstaatliche AKBP mit dem Ziel des Austauschs und der Koproduktion mit lokalen Kunst- und Kulturschaffenden.

Die EU widmete sich 2017 intensiv der Arbeit an einer künftigen Strategie für internationale Kulturbeziehungen. Der Rat begrüßte eine Gemeinsame Mitteilung der EU-Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und setzte eine Gruppe der Freunde der Präsidentschaft ein, die wichtige Eckpunkte für einen umfassenden strategischen Ansatz entwerfen soll. Die Bundesregierung verwendete sich erfolgreich dafür, dass der Kulturgutschutz Eingang in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU findet.

Der Europarat hat 2017 eine Kulturerbestrategie für das 21. Jahrhundert angenommen. Sie verbindet die bestehenden Rechtsinstrumente der UNESCO, der EU und des Europarats. Ihr Mehrwert besteht darin, dass sich alle Staaten zur Umsetzung verpflichten, auch wenn sie nicht alle zugrundeliegenden Konventionen ratifiziert haben.

Im Kommunikationsbereich arbeitet das Auswärtige Amt ebenfalls an einer stärkeren Vernetzung mit den EU-Institutionen, unter anderem mit der EU Strat Com Task Force East, die Desinformation beobachtet und analysiert. In diesem Zusammenhang steht auch die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Diskurses in und über Europa. So organisiert das Auswärtige Amt in Kooperation mit dem Think Tank „Das Progressive Zentrum“ weiterhin die Reihe „Dialogue on Europe“. In ausgewählten europäischen Nachbarstaaten, beispielsweise in Frankreich und Italien, fanden auch 2017 verschiedene Dialogveranstaltungen mit der Zivilgesellschaft zum Thema Europa statt.

Auch im Rahmen des Strategischen Dialogs mit privaten Stiftungen hat sich das Engagement für ein starkes Europa als ein Schwerpunkt herauskristallisiert. Besonderes Augenmerk wird hierbei auf den Ausbau des internationalen Jugendaustausches in Europa gelegt, auch und vor allem unter Jugendlichen, die sich bisher kaum mit Europa auseinandergesetzt haben.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

3. Koproduktion von Wissen und Kultur

Kernanliegen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik ist es, Freiräume für und durch Kreativität und Verständigung zu schaffen und zu gestalten. Deshalb setzt die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik auf Koproduktion: Durch die Koproduktion von Wissen, Bildung und Kultur werden grenzüberschreitend Kulturen vernetzt und so Dialog, Verständnis und Verständigung gefördert. Koproduktion setzt an bei Dialog und Austausch auf Augenhöhe, aus dem neue Netzwerke und Arbeitsformen in globalen Zusammenhängen und partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit inländischen und internationalen Kulturakteuren entstehen.

a) Koproduktion in Kunst, Musik, Literatur und Film

Die kulturelle Programmarbeit der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wird von den Mittlerorganisationen des Auswärtigen Amtes und hier insbesondere dem weltweiten Netzwerk der Goethe-Institute und dem Institut für Auslandsbeziehungen getragen. Durch eigene Projektmittel kann das Auswärtige Amt auch dort kulturelle Arbeit ermöglichen, wo kein Goethe-Institut oder eine andere Mittlerstruktur besteht.

Die Programmarbeit setzt sich zum Ziel, Koproduktionen in Kunst, Musik, Literatur und Film zu fördern. Anhand von Koproduktionen wollen wir internationalen, partnerschaftlichen Kulturaustausch fördern und dialogische Arbeitsprozesse ermöglichen.

Im Bereich Film sichern internationale Koproduktionen den Austausch von Know-how in technischer wie kultureller Hinsicht. Darüber hinaus sind internationale Koproduktionen in der Regel besser international zu vermarkten. Durch die Reichweite dieser Filme im Ausland werden sie zu wichtigen Botschaftern deutscher Filmkunst, Werte und Kreativität. Die Filmförderung des Bundes aus dem Etat der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, aber auch die Förderung des World Cinema Funds der Berlinale durch die Kulturstiftung des Bundes und das Auswärtige Amt kommen auch diesen internationalen Koproduktionen zugute.

Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich seit 1988 an dem paneuropäischen Koproduktionsfonds EURIMAGES, der 1988 mit deutscher Beteiligung beim Europarat in Straßburg eingerichtet wurde. Ziel von EURIMAGES ist die Förderung unabhängiger Filmproduktionen in grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Dem als Teilabkommen des Europarates errichteten Förderfonds gehören mittlerweile 37 Mitgliedstaaten des Europarates plus Kanada an. Seine Mittel von ca. 25 Mio. Euro speisen sich aus jährlichen Pflichtbeiträgen der EURIMAGES-Mitglieder. 2017 waren dies von deutscher Seite rund 3,15 Mio. Euro, die aus dem Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zur Förderung der filmischen Vielfalt in Europa zur Verfügung gestellt wurden. Im Jahr 2017 wurden damit 22 deutsche Kinokoproduktionen, wie z. B. “The Captain“ von Robert Schwentke, gefördert.

Des Weiteren unterhält Deutschland mit einer Reihe von Staaten bilaterale Koproduktionsabkommen. Diese Abkommen leisten einen Beitrag für das gegenseitige Verständnis der Kulturen beider Länder. Zugleich fördern sie den Austausch von Filmen zwischen den beteiligten Ländern und machen durch die Erhöhung der Produktionsbudgets das deutsche Filmschaffen international wettbewerbsfähiger. Derzeit verhandelt die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien bilaterale Koproduktions-Abkommen mit der Volksrepublik China und Mexiko. Ein Abkommen mit Chile wurde jüngst geschlossen.

Ferner beteiligt sich die Bundesregierung maßgeblich am German Films Service + Marketing, dem nationalen Informations- und Beratungszentrum für die internationale Verbreitung deutscher Filme. Im Jahr 2017 betrug die Beteiligung der Bundesregierung rund 2 Mio. Euro. Die Arbeit von German Films umfasst neben der Promotion und Betreuung von deutschen Spiel,- Dokumentar-, Kurz- und Fernsehfilmen auch die Förderung des Verleihs deutscher Filme im Ausland (Distribution Support).

Das Spektrum der Koproduktionen erstreckt sich von Theateraufführungen und Konzerten über Film- und Literaturfestivals, gemeinsamen Filmproduktionen bis hin zu Ausstellungen. Das Goethe-Institut hat im Berichtsjahr 2017 insgesamt zehn kulturelle Projekte durch den Internationalen Koproduktionsfonds gefördert (von 103 Projektanträgen). Der Fonds richtet sich an alle professionell arbeitenden Künstlerinnen und Künstler in Deutschland und im Ausland, die hybride und interdisziplinäre Formate aus den Bereichen Musik, Tanz, Theater und Performance gemeinsam koproduzieren.

b) Residenzprogramme im Ausland

Residenzen stellen Künstlern, Kulturschaffenden, Wissenschaftlern und Intellektuellen Ressourcen und einen Ort künstlerischen Schaffens, des Forschens und des intellektuellen Austauschs zur Verfügung, um die großen Fragen und Herausforderungen unserer Zeit in ihrer ganzen Bandbreite aufgreifen zu können. Sie ermöglichen es ihren Stipendiaten, in der koproduktiven Begegnung mit Kunst, Kultur und Gesellschaft des Gastlandes die

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

eigenen Sichtweisen und Kategorien in neuer Umgebung kritisch zu hinterfragen und in der Auseinandersetzung mit ihr fortzuentwickeln.

Die deutschen Residenzprogramme und -projekte im Ausland werden überwiegend aus dem Bundeshaushalt gefördert. Das Goethe-Institut ist der größte deutsche Anbieter weltweiter Residenzprogramme: Mit der Kulturakademie Tarabya in Istanbul, den gemeinsam mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien geförderten Residenzprogrammen der Villa Aurora-Thomas-Mann-House e. V. in Los Angeles und den weltweit wachsenden Residenzprogrammen und -projekten des Goethe-Instituts, darunter die Villa Kamogawa in Kyoto, das im November 2016 eröffnete erste Residenzhaus auf der Südhalbkugel Vila Sul in Salvador da Bahia und die bangaloREsidency in Bangalore, stellen diese Programme einen Schwerpunkt der Tätigkeit des Auswärtigen Amts gemeinsam mit seiner Mittlerorganisation dar. Das Haus, in dem Thomas Mann mit seiner Familie während seines kalifornischen Exils lebte, erwarb das Auswärtige Amt für die Bundesrepublik Deutschland als Ort künstlerischen Schaffens und intellektuellen Austauschs unter Wissenschaftlern, Künstlern und Intellektuellen. Im Berichtszeitraum wurde das Haus renoviert und der Villa Aurora-Thomas-Mann-Haus e. V. als Nutzer übergeben.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien bietet weiterhin in Deutschland lebenden Künstlerinnen und Künstlern die Möglichkeit für Studienaufenthalte in der Deutschen Akademie Villa Massimo in Rom, der Casa Baldi in Olevano Romano, dem Deutschen Studienzentrum in Venedig, der Villa Romana in Florenz oder in der Cité Internationale des Arts in Paris.

Ein komplementäres Angebot soll an der German Academy of New York geschaffen werden. In der Liegenschaft an der 5th Avenue in New York, welche von 1961 bis 2009 als Goethe-Institut genutzt wurde, soll ein unabhängiges, intellektuelles und kulturelles Zentrum entstehen. Das Zentrum soll dem deutsch-amerikanischen Austausch in den Bereichen Kunst, Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Medien und der zivilen Gesellschaft als Laboratorium für die Entwicklung gemeinsamer interdisziplinärer Lösungsansätze für Herausforderungen unserer heutigen Gesellschaft dienen. Die German Academy New York befindet sich im Berichtszeitraum im Aufbau.

c) Humboldt Forum

Unter der Federführung der Beauftragen der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) entsteht mitten in der deutschen Hauptstadt eine einzigartige Plattform für die Produktion von Kunst, Kultur, Wissenschaft und Bildung. Das Humboldt Forum versteht sich als ein Ort für die Begegnung von Weltkulturen, ein Ort, an dem globale Menschheitsfragen aus Politik, Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft im internationalen Rahmen multiperspektivisch behandelt und durch neue Präsentationsweisen für den Forumsbesucher erfahrbar gemacht werden. Die Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss erhält jährlich aus dem Haushalt der BKM Mittel, 2017 waren dies rund 16 Mio. Euro.

Neben der vorsitzführenden BKM ist das Auswärtige Amt Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss und im Aufsichtsrat der Humboldt Forum Kultur GmbH. Es versteht sich dort als Ansprechpartner für die Belange der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und leistet gemeinsam mit seinem weltumspannenden Netzwerk von Partnerorganisationen einen Beitrag dazu, das Humboldt Forum als Bildungs- und Begegnungsort, an dem Kulturen sich auf Augenhöhe in einen gleichberechtigten Dialog miteinander austauschen, zu stärken.

d) Kreativwirtschaft international

Die Kreativwirtschaft ist einer der dynamischsten Wirtschaftszweige weltweit. Internationale Teams arbeiten an kreativen Ideen und innovativen Produkten, die global verwertet und verbreitet werden. Sie trägt dazu bei, dass sich das Entstehen von und der Zugang zu Kunst und Kultur, aber auch Wissen durch Digitalisierung und Globalisierung verändern und schafft Mehrwert für Kulturaustausch und eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung in den Partnerländern.

Die Förderung der Kreativwirtschaft unterstützt wesentliche Ziele der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik – weg von einer nationalen Repräsentation hin zu internationaler Vernetzung, Koproduktion über Grenzen hinweg, Austausch und Transfer von Wissen und Ideen. Mit neuen Partnern und Formaten erschließt sie Zugänge im vorpolitischen Raum und zu neuen Themen und Zielgruppen. Nicht zuletzt vermittelt die Kreativwirtschaft ein modernes und innovatives Bild von unserem Land, das noch mehr zu bieten hat als die klassischen Industrien. Deshalb ist sie schon seit längerem auch ein wichtiges Thema unserer Auslandskommunikation.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik unterstützt Kreativwirtschaft international durch das Schaffen von Freiräumen für Kreativität als auch durch ein einzigartiges Verbindungsnetz zu Menschen in aller Welt. Die deutschen Auslandsvertretungen sowie Deutsche Wissenschafts- und Innovationshäuser, Stiftungen bis hin zu den Mittlerorganisationen, der Deutschen Welle und Partnern vor Ort sind mit ihrer Expertise und Kenntnissen der Gegebenheiten vor Ort die besten Ansprechpartner für Kulturschaffende und Kreative, die Zugang zu den für sie fremden Märkten oder internationalen Partnern suchen.

Die Bundesregierung unterstützt zudem die Internationalisierung der Kreativwirtschaft mit den Mitteln der Außenwirtschaftsförderung und mit der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft d, die gemeinsam von BMWi und BKM getragen wird. Mit dem jährlich erscheinenden Monitoringbericht zur Kultur- und Kreativwirtschaft, Fachdossiers, Konferenzen zur Weiterentwicklung der internationalen Debatte und themenspezifischen Workshops trägt die Initiative dazu bei, die heterogene Branche über neue Zugänge und Kooperationen zu internationalen Märkten zu informieren. Darüber hinaus unterstützt die Initiative auch konkrete Projekte wie beispielsweise den Auftritt deutscher Musikunternehmen und Musikförderer auf dem internationalen Branchentreff „South by Southwest“ (SXSW) in Austin/Texas.

Die vom Deutschen Bundestag dem Auswärtigen Amt 2016 erstmals zur Verfügung gestellten Mittel zur internationalen Förderung der Kreativwirtschaft wurden im Berichtszeitraum mit folgenden Schwerpunkten eingesetzt:

- Durch die Förderung von Projektvorhaben im Bereich Design, Mode und Games wurde Deutschland als führender Standort dieser Teilbranchen der Kreativwirtschaft sichtbar gemacht. Zu den unterstützten Projekten im Berichtszeitraum zählte unter anderem der deutsche Beitrag bei der Amman Design Week in Jordanien, die Vernetzung junger namibischer Modedesigner und Publikationen mit internationaler Ausstrahlung, wie „Best of German Interior Design“ und „TRACES – Fashion & Migration“. Auch eine Modenschau zu Beginn der Fashion Week in Berlin und die Entwicklung von Computerspielen durch Frauen in Brasilien und Deutschland wurden unterstützt.
- Mit dem Format „re:connecting Europe“ in Dublin und Athen, organisiert durch re:publica Berlin, wurde der digitalen Raum als Ganzes, als wichtigen Diskurs- und Partizipationsraum für Europa in den Blick genommen.
- Mit der Fortsetzung der Afrika-Initiative Film fördert das Auswärtige Amt mit Maßnahmen wie dem Aufbau eines Filmschulnetzwerks Austausch und Vernetzung zwischen Institutionen und Akteuren im Filmbereich und ermöglicht Talentförderung, Weiterbildung und Umsetzung von Koproduktionen.
- Music in Africa Connects ergänzt das Engagement im Kreativwirtschaftsbereich im Musiksektor, der gerade für den afrikanischen Kontinent von Bedeutung ist. In Zusammenarbeit mit der Siemens Stiftung und deren Ausgangsprojekt Music in Afrika zielt das Projekt darauf ab, die Vernetzung und Öffnung des Musiksektors unter anderem auch in Konfliktzonen in Afrika voranzubringen.
- Im Jahr 2017 konnte ein neuartiges Projekt der deutsch-französischen Zusammenarbeit starten. Bei dem Projekt AYADA fördern das Goethe-Institut und das Institut Français junge erfolgsversprechende Kreativunternehmer im westafrikanischen Raum.
- Seit mehreren Jahren wird außerdem „Contemporary And“ gefördert, eine digitale Plattform über Kunst aus afrikanischer Perspektive, die das Institut für Auslandsbeziehungen IFA betreibt.

Projekte wie diese verfolgen nicht rein ökonomische Zielsetzungen, sondern fördern zugleich kulturelle Kooperationen mit den Partnerländern. Indem Projekte wie die Roadshow Berlin-Hamburg und ein Kurzfilmwettbewerb zur Vermächtnisstudie von ZEIT, infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft und Wissenschaftszentrum Berlin in die Kommunikation über Deutschland im Ausland eingebracht werden, stellt sich Deutschland als ein Land voller Ideen, Innovation und Kreativität dar.

Das Zukunftspotenzial der Kultur- und Kreativwirtschaft wird auch in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Bundesregierung genutzt. Als eine der dynamischsten und wachstumsstärksten Branchen der Welt bietet die Kreativwirtschaft gerade jungen Menschen in Entwicklungsländern Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) förderte Filmprojekte mit Schwerpunkt auf Afrika z. B. *FilmAfrica!* in Kooperation mit Tom Tykwer sowie das *Rwanda Media Project* in Zusammenarbeit mit Volker Schlöndorff. Im BMZ gibt es seit Dezember 2016 eine Arbeitseinheit Medien, Kultur, Kreativwirtschaft, Sport.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

e) Bauhaus

2019 begeht Deutschland 100 Jahre Bauhaus mit einem vielfältigen Programm von Ausstellungen, Publikationen und Veranstaltungen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Mit seiner weltweiten Ausstrahlung eröffnet das Bauhaus-Jubiläum 2019 einzigartige Möglichkeiten, die internationalen Beziehungen in kultureller, aber auch in gestalterischer, wissenschaftlicher, technologischer, industrieller, urbanistischer und nicht zuletzt politischer Hinsicht zu bereichern: Indem das Bauhaus nicht allein retrospektiv als bedeutendes Kapitel deutscher (Kultur-) Geschichte präsentiert, sondern als inspirierende Kraft reflektiert wird, die bis in unsere Gegenwart hineinwirkt, eröffnen sich zahlreiche Anknüpfungspunkte für zeitgenössische Diskussionen.

Mit den vom Deutschen Bundestag ab dem Bundeshaushalt 2015 bereitgestellten Mitteln zur „Förderung von kulturellen Maßnahmen zur Unterstützung des Bauhausjubiläums 2019“ werden zum einen Aktivitäten im Inland in hervorragender Weise unterstützt. Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien fördert diese maßgeblich gemeinsam mit der Kulturstiftung des Bundes mit rund 20 Mio. Euro und koordiniert die Maßnahmen der Bundesregierung zum Bauhausjubiläum. Dem AA wurden vom Deutschen Bundestag zwei Mio. Euro an Fördergeldern zur Verfügung gestellt, um kulturelle Maßnahmen zur Unterstützung des Bauhausjubiläums 2019 zu fördern. Zu den ersten Maßnahmen im Jahr 2017 gehörte u. a. eine dreiteilige Dokumentationsreihe der Deutschen Welle zum Bauhaus-Jubiläum.

g) Internationaler Jugendaustausch

Die Bundesregierung förderte im Berichtszeitraum zahlreiche Jugendbegegnungen und Fachkräfteprogramme und ermöglichte es so vielen jungen Menschen, internationale Erfahrungen zu sammeln, interkulturelle Kompetenzen zu erwerben und Vielfalt wertschätzen zu lernen.

Ziel ist es, den internationalen Jugendaustausch mit seinen Jugendwerken und Austauschorganisationen zu stärken und dabei insbesondere auch die jungen Menschen zu erreichen, die bisher noch nicht vom internationalen Jugendaustausch profitieren konnten.

Mit der Initiative „Chancen eröffnen durch Austausch und Begegnung“ im Rahmen der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurden die Voraussetzungen dafür verbessert.[4] Aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) werden in den Jahren 2017-2019 insgesamt 14 innovative Projekte im Handlungsfeld Internationale Jugendarbeit gefördert, um eine wirkungsvolle Jugendbeteiligung bei der Weiterentwicklung der Formate internationaler Jugendarbeit zu unterstützen.[5]

Die Politik der Bundesregierung für junge Menschen ist dabei in einem doppelten Sinne europäisch und international ausgerichtet: Sie setzt einerseits Impulse für die Gestaltung von Lebensbedingungen junger Menschen in Europa und weltweit. Andererseits greift sie europäische und internationale Entwicklungen auf und macht diese zum Gegenstand ihrer politischen Auseinandersetzung im Inland, wie zum Beispiel bei der Umsetzung der EU-Jugendstrategie 2010 bis 2018.

Bund und Länder arbeiten in Form einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe bereits seit mehreren Jahren eng an einer gemeinsamen Umsetzung. Sie nutzen dafür die europäischen Impulse für die Weiterqualifizierung von Politik und Praxis in den Themenbereichen Partizipation, Übergänge und Anerkennung nichtformaler Bildung. Innerhalb von „Erasmus+“ ist „Jugend in Aktion“ das Förderprogramm für alle jungen Menschen im Bereich der nicht formalen und informellen Bildung. Aus diesem Förderprogramm (Jugendkapitel) werden in den drei Aktionslinien Lernmobilität von Einzelpersonen, Förderung von Innovation und Unterstützung politischer Reformen verschiedene Maßnahmen, wie der Europäische Freiwilligendienst, Strategische Partnerschaften oder der Strukturierte Dialog gefördert. Der deutsche Ansprechpartner für das EU-Programm „Erasmus+: Jugend in Aktion“ ist die vom BMFSFJ kofinanzierte Nationale Agentur JUGEND für Europa.[6]

Das „Internationale Preisträger Programm“ sowie „Deutschland Plus“ des Pädagogischen Austauschdienstes brachten im Jahr 2017 wieder fast 800 deutschlernende Schüler aus 90 Ländern weltweit in einem bunten Sommerprogramm zusammen. In den multinational gemischten Jugendgruppen, die insgesamt vier Wochen mit Besichtigungsprogramm, Schulbesuch und Gastfamilienaufenthalt in Deutschland verbrachten, stand die deutsche Sprache als Lingua Franca im Vordergrund. Den meisten Teilnehmern bleibt der Aufenthalt in Deutschland

[4] https://www.jugendgerecht.de/initiative-jugendaustausch/

[5] https://innovationsfonds.jugendgerecht.de/international/.

[6] Informationen zum Jugendkapitel „Erasmus+“ finden sich auf der Website www.jugend-in-aktion.de.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

ein Leben lang in guter Erinnerung und für viele gibt die Teilnahme am Programm den Anreiz, einmal in Deutschland studieren zu wollen.

Gemeinsam mit dem Goethe-Institut New York organisiert der Pädagogische Austauschdienst zudem das German-American Partnership Programm (GAPP). Im Berichtsjahr ermöglichte GAPP Begegnungen zwischen ca. 10.000 Schülern und Lehrern aus 48 US-Bundesstaaten und 16 Bundesländern. Es fördert den Aufbau langjähriger Partnerschaften der Schulen und sogar ganzer Städte miteinander. Mehr als 350.000 Teilnehmer haben in der Vergangenheit bereits an diesem Programm teilgenommen. Neben der Förderung des Auswärtigen Amts erhält das Programm auch Mittel vom US State Department.

Ein weiteres herausgehobenes Programm in den transatlantischen Beziehungen ist das Transatlantic Outreach Program (TOP) des Goethe-Instituts, das sich an amerikanische Lehrerinnen und Lehrer richtet und auf die Vermittlung eines realistischen Deutschlandbildes zielt. Neben der Zurverfügungstellung von Unterrichtsmaterial stellen Studienreisen nach Deutschland den Kern des Programms dar. Seit 2003 haben mehr als 1.400 Lehrerinnen und Fortbildner an Studienreisen teilgenommen.

Neben dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert auch das Auswärtige Amt Projekte der außerschulischen Jugendbegegnung. Im Fokus stehen dabei Austauschformate, die durch bi- und trilaterale Abkommen begründet sind, so z. B. der Deutsch-Französische Entdeckungstag, die MOE- und SOE-Programme[7] des Deutsch-Französischen Jugendwerks sowie die Internationalen Jugendbegegnungsstätten in Auschwitz und Kreisau. Im Rahmen der Transformationspartnerschaften mit den Maghreb-Staaten und dem Nahen Osten und auch der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland unterstützt das Auswärtige Amt ebenfalls den Austausch und Begegnungen von Jugendlichen dieser Länder und Regionen mit deutschen Jugendlichen.

Solche direkten Begegnungen durch Schul- oder Jugendaustausch, Prämienprogrammen oder dem Freiwilligendienst kulturweit, in dessen Rahmen deutsche Freiwillige bspw. als Assistenzlehrer an Schulen im Ausland gehen, hinterlassen nach Ergebnissen einer Evaluation der Partnerschulinitiative PASCH besonders positive und nachhaltige Eindrücke bei den Schülerinnen und Schülern.

Schwerpunkte des Jugendaustausches

Deutsch-Französisches Jugendwerk (DFJW)

2017 förderte das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) rund 8.500 Austauschprogramme, an denen insgesamt rund 190.000 junge Menschen teilnahmen. Das DFJW setzte seine Anstrengungen fort, mehr junge Menschen mit besonderen Mobilitätshindernissen in seine Programme zu integrieren. Bis zum Jahr 2020 soll ihr Anteil rund 20 Prozent betragen. Zunehmend will es auch dem Kompetenzverlust von Sprache, Kultur und Kenntnis über das Nachbarland bei künftigen jungen Entscheidungsträgerinnen und -trägern entgegentreten. Beim sogenannten „Entdeckungstag“ konnten Schülerinnen und Schüler Ministerien, Unternehmen und Organisationen besuchen und erleben, welche Chancen ihnen die Sprache und das Land der Nachbarn für ihr künftiges Berufsleben bieten. Zudem unterhält das DFJW ein Drittstaatenprogramm mit Ländern Mittel- und Osteuropas sowie Südosteuropas.[8]

Deutsch-Polnisches Jugendwerk (DPJW)

2017 förderte das Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW) etwa 2.700 Projekte mit ca. 110.000 Teilnehmenden. Von besonderer Bedeutung waren 2017 das Förderprogramm „Wege zur Erinnerung“, mit dem besonders qualifizierte deutsch-polnische Jugendbegegnungen an Erinnerungsorten des Zweiten Weltkriegs gefördert wurden, oder die vom Auswärtigen Amt unterstützten 150 trilateralen Projekte mit der Ukraine und anderen Ländern der östlichen Partnerschaft. Weitere Schwerpunktländer des trilateralen Austauschs sind Frankreich, Israel und Tschechien. Um neue Themen für den Jugendaustausch zu erschließen sowie einen größeren Kreis von Lehrkräften und an Naturwissenschaften interessierten Jugendlichen für die Zusammenarbeit zu gewinnen, ging das DPJW eine Kooperation mit dem Wissenschaftszentrum Kopernikus und der Deutschen Telekomstiftung ein. Damit werden experimentell und gestalterisch angelegte, wissenschaftlich-technische Projekte stärker in der pädagogischen Arbeit mit jungen Menschen im Austausch genutzt.[9]

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

[7] Mittel- und Osteuropa (MOE), Süd- und Osteuropa (SOE)
[8] www.dfjw.org
[9] www.dpjw.org

Deutsch-Griechisches Jugendwerk (DGJW)

Die Einrichtung eines Deutsch-Griechischen Jugendwerks (DGJW) bleibt ein wichtiges politisches Anliegen der Bundesregierung und ein wesentlicher Beitrag zur deutsch-griechischen Verständigung, der sich gegen das Vergessen wendet, sich aber gleichzeitig der Zukunft zuwendet und somit auch ein symbolischer Beitrag zur Aussöhnung ist. Anknüpfend an die im September 2014 unterzeichnete gemeinsame Absichtserklärung zur Errichtung eines Deutsch-Griechischen Jugendwerkes unterzeichneten die damalige Bundesjugendministerin Dr. Katharina Barley und der griechische Generalsekretär für Jugend und lebenslanges Lernen Pafsanias Papageorgiou im Juli 2017 ein Abkommen über die weiteren Arbeitsschritte zur Eröffnung des Jugendwerks. Um bereits vor der Errichtung des Jugendwerks den Austausch von deutschen und griechischen Jugendlichen zu intensivieren und so die Jugend beider Länder beim Aufbau des Jugendwerkes einzubeziehen, hat das BMFSFJ für das Jahr 2017 Sondermittel zur Förderung des deutsch-griechischen Jugendaustausches zur Verfügung gestellt. Es konnten damit unter anderem zusätzlich ca. 70 außerschulische deutsch-griechische Jugendbegegnungen und Vernetzungstreffen der Akteure der Jugendarbeit in Deutschland und Griechenland durch thematische Fachtage, Jugendtreffen und Delegationsreisen realisiert werden.[10]

Deutsch-Britischer Jugendaustausch

„UK-German-Connection“ (UKGC) wurde 2005 auf Initiative des damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler und Königin Elizabeth II. etabliert und hat sich in den letzten zehn Jahren trotz seiner informellen Struktur zu einer äußerst erfolgreichen und bilateralen Koordinierungsstelle für deutsch-britische Begegnungen im Schul- und Jugendbereich entwickelt. Deutschland ist das bisher erste und einzige Land Europas, mit dem Großbritannien ein vergleichbares Jugendaustauschbüro unterhält. Gerade vor dem Hintergrund der britischen Entscheidung für einen Austritt aus der EU wird eine solche bilaterale Regierungsinitiative signifikant an kultur- und bildungspolitischer Bedeutung gewinnen. UKGC setzte im Berichtsjahr seine erfolgreiche Arbeit in bisherigen Schlüsselbereichen fort. Diese umfassen thematische Austauschprojekte, bilaterale Jugendbotschafternetzwerke und Begegnungsprogramme für Schülerinnen und Schüler, Jugendliche, Lehrerinnen und Lehrer sowie einen Beratungsservice für Schul- und Jugendpartnerschaften. Ein besonderer Fokus lag dabei auf dem Dialog zwischen deutschen und britischen Jugendlichen zu aktuellen bildungs- und gesellschaftsrelevanten Themen (unter anderem Migration, Gedenken an den Ersten Weltkrieg, Identität, Inklusion, Integration, „Our Future in Europe“), auf Peer-to-Peer-Lernen sowie auf Multiplikatorentätigkeiten aller Programmteilnehmerinnen und -teilnehmer. Im Jahr 2017 haben die beiden damaligen Außenminister Sigmar Gabriel und Boris Johnson eine gemeinsame Erklärung zur Intensivierung des Schüler- und Jugendaustauschs abgegeben, wonach UKGC neu aufgestellt werden soll.[11]

Deutsch-Türkischer Jugendaustausch

Die Deutsch-Türkische Jugendbrücke wurde 2012 mit dem Ziel gegründet, den bilateralen Jugendaustausch zu stärken. Sie wird von der Stiftung Mercator und dem Auswärtigen Amt gefördert. Auch 2017 hat wieder eine Vielzahl von Maßnahmen stattgefunden, allerdings wurden wie bereits in den beiden Vorjahren auch 2017 keine Maßnahmen in der Türkei umgesetzt. Seit Gründung konnten ca. 3000 Jugendliche mit den Austauschmaßnahmen der Deutsch-Türkischen Jugendbrücke erreicht werden. Die für 2017 geplanten fachpolitischen Konsultationen zur jugendpolitischen Zusammenarbeit konnten wegen einer Absage von türkischer Seite nicht stattfinden. Jährlich nehmen rund 3.000 Jugendliche an Jugendbegegnungen und Fachkräfteprogrammen teil, die durch Mittel des Kinder- und Jugendplans des Bundes oder des EU-Programms „Erasmus+: Jugend in Aktion“ gefördert werden.

Deutsch-Tschechischer Jugendaustausch

Das Koordinierungszentrum Deutsch-Tschechischer Jugendaustausch Tandem hat in den Jahren 2017 bis 2019 den inhaltlichen Schwerpunkt „Gemeinsam erinnern für eine gemeinsame Zukunft“, der sich mit historisch-politischer Bildung im deutsch-tschechischen Kontext befasst. Neben dem außerschulischen Jugendaustausch ist das Programm „Freiwillige Berufliche Praktika“ ein Schwerpunkt der Arbeit der beiden Tandem-Büros. Mit diesem Programm soll jungen Menschen neue Berufserfahrung vermittelt und ihnen ermöglicht werden, sich weiter zu qualifizieren sowie ihre Chancen auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu steigern. Zugleich signali-

[10] www.agorayouth.com
[11] www.ukgermanconnection.org

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

sieren die Jugendlichen, die an einem freiwilligen beruflichen Praktikum teilnehmen, ihre Bereitschaft zu Mobilität und erwerben wertvolle interkulturelle Erfahrungen und zahlreiche Schlüsselkompetenzen sowohl im Alltag als auch im Berufsleben.

Deutsch-Israelischer Jugendaustausch

Am deutsch-israelischen Jugendaustausch nahmen 2017 rund 7.000 Jugendliche in 310 Austauschprogrammen teil. Der bestehende Themenschwerpunkt in der bilateralen Zusammenarbeit „Living Diversity – Challenges and Perspectives for Education and Youth Exchange“ hat die Etablierung eines deutsch-israelischen Netzwerkes von Trägern aus dem Bereich der außerschulischen (Jugend-)Bildung und der deutsch-israelischen Austauscharbeit zum Ziel. Das Netzwerk soll den Boden für einen Dialog über diversitätsbewusste Jugend- und Austauscharbeit bereiten.

Deutsch-Russischer Jugendaustausch

Die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch gGmbH hat 2017 mehr als 260 außerschulische sowie mehr als 120 schulische Begegnungen gefördert. 2016/17 lief ein Deutsch-Russisches Jahr des Jugendaustauschs, das im Juni 2017 beendet wurde. Damit wollten beide Regierungen gerade in der jetzigen politischen Situation Jugendliche ermutigen, einander besser kennenzulernen, Stereotype zu überwinden und den Dialog zu festigen.

Deutsch-Afrikanische Jugendinitiative

Die Deutsch-Afrikanische Jugendinitiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zielt auf den Ausbau von Jugendbegegnungen, Lernaufenthalten und Freiwilligendiensten zwischen afrikanischen Ländern und Deutschland. 2017 nahmen mehr als 2.000 junge Menschen aus Deutschland (Outgoing) und aus afrikanischen Ländern (Incoming) an den entwicklungspolitisch ausgerichteten Programmen „weltwärts“, ASA[12] und ENSA[13] teil.

Im Juli 2016 startete mit „weltwärts – außerschulische Begegnungsprojekte im Kontext der Agenda 2030“ eine neue Förderlinie für zivilgesellschaftliche Träger, die mit ihren Partnern Jugendaustauschprojekte vor allem mit afrikanischen Ländern umsetzen. Im ersten Jahr der Umsetzung, 2017, wurde 146 Teilnehmenden aus Entwicklungs- und Schwellenländer die Teilnahme an einer Begegnung in Deutschland ermöglicht, 151 Teilnehmende reisten aus Deutschland in Partnerländer. Beide Partnergruppen arbeiten gemeinsam an einem Thema, welches einem der nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 zuzuordnen ist. Die Förderlinie soll in 2018 und 2019 weiter ausgebaut werden.

In einer politischen Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union unterstützt die Deutsch-Afrikanische Jugendinitiative in den Pilotländern Benin, Südafrika und Tansania Vorhaben von lokalen Partnern zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Struktur zur Durchführung von Jugendaustausch und Freiwilligendiensten. Ein Schwerpunkt lag 2017 z. B. im Aufbau von Alumni Arbeit.

h) Kulturweit

Kulturweit ist der vom Auswärtigen Amt geförderte Freiwilligendienst der Deutschen UNESCO-Kommission. Im Rahmen eines freiwilligen sozialen Jahres werden jährlich rund 450 jungen Menschen intensive Lernerfahrungen an Kultur- und Bildungseinrichtungen außerhalb Deutschlands ermöglicht. Die 18- bis 26-Jährigen leisten ihren sechs- oder zwölfmonatigen Einsatz zum Beispiel als Assistenz im Deutschunterricht an der Europaschule Tiflis, in der Kulturprogramm-Abteilung am Goethe-Institut Hanoi oder im DAAD–Informationszentrum Bogotá.

Kulturweit-Freiwillige erhalten so die Möglichkeit, wertvolle Kompetenzen im Ausland zu erwerben. Gleichzeitig vermitteln die Freiwilligen ein aktuelles und facettenreiches Bild der deutschen Gesellschaft und transportieren umgekehrt differenzierte Bilder ihrer Gastländer ins Inland. Der Freiwilligendienst erhielt wiederholt im Deutschen Bundestag ausdrücklich Anerkennung und wurde 2017 erneut mit dem Qualitätssiegel der Agentur für Qualität in Freiwilligendiensten (Quifd) für hervorragende Leistungen bei der Förderung des freiwilligen Engagements junger Menschen in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik ausgezeichnet.

[12] ASA ist ein entwicklungspolitisches Qualifizierungsprogramm.
[13] Entwicklungspolitisches Schulaustauschprogramm (ENSA).

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Seit 2009 konnten 3.277 Freiwillige mit kulturweit den eigenen Blick in der Fremde schärfen und neue Perspektiven mit nach Hause bringen. 2017 nutzten mehr als 500 junge Menschen diese Chance. Auch nach ihrer Rückkehr bleiben die Freiwilligen Teil eines starken Netzwerks, das sich für eine weltoffene Gesellschaft engagiert und bürgerschaftliches Engagement lebt. Gemeinsam mit kulturweit können sie sich zu Themen wie Nachhaltigkeit und UNESCO-Welterbe weiterbilden und lernen Seminare durchzuführen. Zusätzlich zum Kernprogramm konnten sich 2017 erstmals junge Freiwillige aus Nordafrika für drei Monate in Kulturinstitutionen in Deutschland engagieren.

i) Internationale Sportförderung

Als wichtige Sportnation kann Deutschland den Sport nutzen, um für Sympathie zu werben und behutsam für uns wichtige Werte wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau und die Inklusion in den zivilgesellschaftlichen Beziehungen mit anderen Ländern zu werben. Diese Ziele setzt die Bundesregierung unter Federführung des Auswärtigen Amtes im Rahmen der Internationalen Sportförderung in Projekten um, die sich vornehmlich auf die Förderung des Breitensports in Entwicklungsländern konzentrieren.

Die Internationale Sportförderung verfolgt sport-, kultur- und gesellschaftspolitische Ziele. Die Aufgabe einer „Entwicklung durch Sport“ wird vor diesem Hintergrund im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit dem geographischen Schwerpunkt auf Afrika geleistet. Sport wird dabei als Instrument genutzt, um die Wirkungen von entwicklungspolitischen Maßnahmen zu erhöhen. Im Vordergrund steht die Förderung von Gesundheit, Bildung und Integration z. B. durch pädagogisch angeleitete Trainings in verschiedenen Sportarten.

2017 haben die Langzeitprojekte (Laufzeit maximal 4 Jahre) „Kids Leichtathletik“ in Bolivien und „Fußball“ im Kosovo begonnen. Die Projekte „Fußball“ in Äthiopien und „Mädchen- und Frauenfußball“ in Uruguay wurden fortgesetzt, das Projekt „Kids Leichtathletik“ in Guatemala erfolgreich zu Ende geführt. Vorbereitet wurde das Langzeitprojekt „Fußball“ in Indien, das im kommenden Jahr nach Unterzeichnung der Gegenseitigkeitserklärung starten soll.

Im Rahmen der Kurzzeitprojekte mit einer Laufzeit von zwei Wochen bis zu sechs Monaten werden Sportexpertinnen und –experten für ca. 40 Projekte unter anderem in den Bereichen Fußball, Ringen, Handball, Para Eishockey als Beitrag zum Behindertensport oder der Ausbildung zum/zur Wettkampfrichter/-in entsandt. Neben den klassischen Zielländern der Internationalen Sportförderung in Afrika, wurden 2017 verstärkt Projekte in Südostasien (unter anderem Indien, Pakistan) und in Südamerika (z. B. Uruguay, Kolumbien) gefördert. Einige Projekte stehen im Zusammenhang mit der Flucht- und Migrationsursachenbekämpfung, so die 2016 begonnene und 2017 fortgesetzte Ausbildung von Trainern aus Afghanistan sowie weitere Projekte in Äthiopien und im Libanon.

Ein Projekt wurde erstmals in Zusammenarbeit mit der Deutschen Fußball Liga-Stiftung und unter der Schirmherrschaft der damaligen Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer realisiert: Trainerinnen und Trainern aus Ostafrika hospitierten in Deutschland an Sportinstituten und besuchten Fußballvereine, um einen umfassenden Eindruck von den Trainingsmethoden und der Organisation von Fußballligen zu erhalten.

Wie in den vergangenen Jahren organisierte auch 2017 die Sportwissenschaftliche Fakultät der Universität Leipzig mit Unterstützung des Auswärtigen Amts fünfmonatige Internationale Sportlehrer- und Trainerlehrgänge, unter anderem in den Bereichen Behindertensport, Schwimmen, Handball, Sportmanagement und Fußball. Die Absolventen werden in ihren Heimatländern ihre neuen Kenntnisse in Nachwuchsarbeit und Sportförderung anwenden können.

Der damalige Bundesminister Sigmar Gabriel und die Vorsitzende des Sportausschusses, MdB Dagmar Freitag, haben am 16. Mai 2017 im Auswärtigen Amt den Preis „Deutscher Fußballbotschafter 2017“ verliehen. Ausgezeichnet in der Kategorie „Trainer“ wurde Horst Kriete, der seit fast 40 Jahren als Fußball- und Entwicklungsexperte aktiv ist und vor allem in Südafrika und China die positive Entwicklung des Fußballs begleitet hat. Der Publikumspreis in der Kategorie „Spieler“ ging an Bastian Schweinsteiger, der Ehrenpreis an Miroslav Klose, der für seine sportlichen Erfolge sowie für die Fairness ausgezeichnet wurde, die er während seiner aktiven Karriere in beispielhafter Form gezeigt hat. In die neugegründete Kategorie „Hall of Fame“ wurde Uwe Seeler aufgenommen. Aufgrund guter Erfahrungen in der Projektzusammenarbeit hat das Auswärtige Amt die Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie z. B. „streetfootballworld“, „Discover Football“ oder „Right to Play“ ausgebaut.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

2017 haben einige der geförderten NGO-Projekte Auszeichnungen erhalten. So erhielt das Projekt „Tüpfelhausen – Das Familienportal e. V.“ den Julius Hirsch Preis des DFB (zweiter Platz) für die Organisation eines internationalen Fußballbegegnungsfestes, bei dem in Erinnerung an eine im Leipziger Fußball engagierte jüdische Familie der „Max und Leo Bartfeld- Pokal“ vergeben wurde. An der viertägigen Veranstaltung mit 16 internationalen C-Junioren-Teams nahmen mehr als 3.000 Personen als Aktive oder Zuschauer teil, darunter Shoa-Überlebende aus 25 Ländern.

Den 3. Platz des Julius Hirsch Preises vergab die DFB-Jury in diesem Jahr an „Discover Football“ aus Berlin. An dem prämierten, internationalen Mädchen- und Frauenfußballturnier, von dem ein Signal für Gleichberechtigung, Emanzipation und Frauenrechte ausgeht, nahmen mehr als 100 Spielerinnen teil, unter anderem aus Afghanistan, Kenia, dem Sudan und Libyen. Einen weiteren 3. Platz erreichte „Discover Football“ beim diesjährigen FIFA Diversity Award, der sportliche Projekte ausgezeichnet, die sich ausdrücklich gegen Diskrimination wenden.

j) Deutsch-Ukrainisches Sprachenjahr

Am 9. September 2017 wurde das gemeinsame Deutsch-Ukrainische Sprachenjahr (DUSJ) mit einem Festival zur deutschen Sprache in Kiew eröffnet. Mit über 700.000 Deutschlernern – darunter 600.000 Schülerinnen und Schüler – gehört die Ukraine mit zu den Top 5 Ländern beim deutschen Spracherwerb weltweit.

Ziel des gegenseitigen Sprachenjahres ist es, Ukrainisch und Deutsch über Bildungs- und Kulturveranstaltungen im jeweils anderen Land populärer zu machen, Kooperationen zwischen Bildungs- und Kultureinrichtungen der beiden Länder auszubauen und neue Partnerschaften und Projekte auch der Zivilgesellschaften zu initiieren. Die landesweiten Programme des deutschen Sprachenjahres in der Ukraine orientieren sich an drei thematischen Schwerpunkten:

1. *Sprache und Perspektiven*: Sprache ist ein wichtiger Baustein für kulturelle Bildung und Karriere. Berührungshemmungen gegenüber einer anderen Kultur werden durch interaktives und kreatives Lernen der Sprache abgebaut, der Austausch unter jungen Menschen zu gemeinsamen Themen der Zukunft gefördert, Bildungsbiographien geschaffen und Berufsmöglichkeiten erweitert.
2. *Sprache, Gedenken und zivilgesellschaftliches Engagement*: Offene Diskurse und Austauschprojekte zur Überwindung von Sprachlosigkeit und zur Suche nach Schnittmengen, gemeinsamen Lehren und daraus folgenden Visionen für die Zukunft sollen dazu beitragen, multiperspektivisches Gedenken zu fördern und zu zivilgesellschaftlichem Engagement aus Eigenverantwortung anregen.
3. *Sprache und Europa*: Das Sprachenjahr bietet Gelegenheit, das Friedensprojekt europäischer Integration zu thematisieren und einen Dialog über die verbindenden Werte in Europa zu führen. Die europäische Annäherung bleibt auch heute bestimmendes Element der ukrainischen Politik. Diese Annäherung gibt auch neuen Anlass für gegenseitiges Interesse an den Sprachen.

Das Deutsch-Ukrainische Sprachenjahr geht auf einen Beschluss der Außenminister beider Länder von 2016 zurück. Projektträger des Sprachenjahres sind das Auswärtige Amt, die Deutsche Botschaft Kiew sowie das Goethe-Institut in Kiew in enger Kooperation mit dem ukrainischen Außen- und dem Bildungsministerium. Der DAAD, die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) sowie die regierungsnahe, ukrainische Sprachinitiative GoGlobal sind weitere wichtige Partner. Es gibt außerdem über 40 Schulen des PASCH-Netzwerks landesweit, die ebenfalls eingebunden sind. Finanziert wird das Sprachenjahr aus Mitteln zur Förderung von Deutsch als Fremdsprache (DaF) und von Maßnahmen aus dem Programm „Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland“ sowie aus der Literaturförderung.

An der Eröffnung am 9. September 2017 in Kiew nahm Dr. Gernot Erler, damaliger Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die OSZE, teil, gemeinsam mit der Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des ukrainischen Parlaments, Hanna Hopko, dem stellvertretenden Minister für Jugend und Sport, Mykola Movchan, dem Abteilungsleiter für Europafragen im ukrainischen Außenministerium, Vasyl Khymynets, und dem Generalsekretär des Goethe-Instituts, Johannes Ebert. Das Eröffnungsfestival wurde von rund 15.000 Gästen besucht. Im Sommer 2018 wird das Sprachenjahr mit einem gemeinsamen Bildungskongress zu den Zukunftsperspektiven von Schule, Universität und privater Bildung in der Ukraine abgeschlossen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

k) Erinnerungskultur

Der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der europäischen Erinnerungskultur widmete sich das von den Kulturressorts Deutschlands, Polens, Rumäniens, der Slowakei und Ungarns getragene Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität. Zentrale Aufgabe des Netzwerks ist die gemeinsame Aufarbeitung der von Diktaturen, Kriegen und Gewalterfahrungen geprägten Geschichte des 20. Jahrhunderts, auch als Beitrag zur europäischen Integration.

4. Bildungsbiografien

Mit der Stärkung Deutschlands als Bildungs-, Forschungs-, Wissenschafts- und Innovationsstandort geht die Förderung von Bildungsbiographien mit starkem Deutschlandbezug einher. Vom Kindergarten der deutschen Auslandsschulen über die PASCH-Schulen, dank diverser Stipendienprogramme in der Schule, während oder im Anschluss an das Studium oder die Berufsbildung oder im Beruf – entlang ihres Bildungswegs haben junge Menschen immer wieder die Chance, die deutsche Sprache zu erlernen und eine Bindung an Deutschland entstehen zu lassen oder eben im Ausland gewinnbringende Erfahrungen zu sammeln.

a) Deutsch als Fremdsprache (DaF)

Die Förderung der deutschen Sprache im Ausland ist ein wesentlicher Bestandteil der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Mit den hauptsächlich jungen Deutschlernenden – derzeit 15,4 Millionen weltweit, davon 87 Prozent an Schulen – gewinnt Deutschland für die Zukunft Partner in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Kultur und Forschung, die Deutschland nahestehen. Die Koordinierung und Steuerung der Sprachfördermaßnahmen erfolgt im Rahmen des Zentralen Netzwerkes Deutsch im Auswärtigen Amt und in lokalen Netzwerksitzungen der Auslandsvertretungen.

Sprachförderung ist eine besonders nachhaltige und langfristige, außenkulturpolitische Maßnahme, über die Bildungsbiographien mit starkem Deutschlandbezug gefördert werden: Vom ersten Kontakt mit der deutschen Sprache und Kultur bereits im Kindergarten, über die Schulzeit bis zum Studium oder gar in den Beruf.

Das wichtigste Instrument der DaF-Förderung ist die 2008 gegründete PASCH-Initiative „Schulen: Partner der Zukunft“, der aktuell rund 2000 Schulen weltweit angehören. Der Unterricht bietet Zugang zu Kultur und Werten, vermittelt ein authentisches Deutschlandbild und fördert den interkulturellen Dialog und das Verständnis von- und füreinander. Ergänzt werden die schulischen und universitären Angebote durch authentische Eindrücke in Austauschprogrammen von Schülerinnen und Schülern oder Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern und direkte Kontakte mit Muttersprachlern im Rahmen von „Schulwärts“ oder „kulturweit“. Gerade diese Begegnungen und Erfahrungen wirken besonders eindrücklich und nachhaltig.

Die Förderung von DaF ist keine „Einbahnstraße“. Je mehr Menschen für die deutsche Sprache gewonnen werden, umso mehr wird der Studien-, Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland gestärkt. Zahlreiche PASCH-Absolventen studieren nach ihrer Schulzeit in Deutschland oder sind in ihren Heimatländern für deutsche Unternehmen tätig. Über die Kombination von Deutschunterricht und beruflicher Bildung wird daher ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels sowohl in Deutschland als auch im Ausland geleistet. Seit 2017 kann an Schulen im Ausland das neu geschaffene Deutsche Sprachdiplom mit beruflichem Schwerpunkt (DSD Pro) abgelegt werden.

Mit 9,4 Millionen Deutschlernern liegt ein Schwerpunkt der DaF-in den Ländern der ehemaligen GUS und Europas mit den meisten Schülern in Polen und Russland. In Frankreich wurde neben der Ausweitung von Deutschunterricht auf Grundschulen die Abschaffung der Fremdsprachenklassen „Classes Bilangues“ rückgängig gemacht. Künftig können Schulen individuell und abhängig von den Wünschen von Schülerinnen und Schülern sowie Eltern entscheiden, ob sie verstärkten Deutschunterricht anbieten möchten. Das vom AA aus Projektmitteln geförderte mobile „Mobiklasse“-Fahrzeug fördert mit Besuchen an Schulen und Berufsschulen das Interesse an Deutsch als Fremdsprache und motiviert Schülerinnen und Schüler, sich für Deutsch als Schulfach zu entscheiden.

In Schwellenländern Lateinamerikas, Nord- und Subsahara-Afrikas, des Nahen und Mittleren Ostens und Süd- und Südostasiens steigt die Nachfrage nach DaF stetig. Hier gehen die gute wirtschaftliche Entwicklung, die Zunahme deutscher Investitionen und ein steigendes Interesse an Deutschland Hand in Hand. Allerdings setzt der zunehmende, weltweite Deutschlehrermangel dem Aufwuchs von Sprachlernangeboten oftmals Grenzen. Hier bedarf es kurzfristig greifender Aus- und Fortbildungsangebote. Auch digitale Sprachlernprogramme können einige Lücken schließen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Förderung von DaF erfolgt über die Mittler- und Partnerorganisationen, insbesondere das Goethe-Institut (GI), die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA), den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und Pädagogischen Austausch Dienst (PAD), sowie Stiftungen wie Robert-Bosch, Hertie oder Mercator. Das GI erreicht über Maßnahmen der Bildungskooperation Deutsch rund 95.000 Schulen und damit ca. 90 Prozent aller Schulen mit Deutschunterricht weltweit und garantiert so die Breitenförderung von DaF. Auch die Deutsche Welle fördert mit ihren Angeboten entsprechend ihres gesetzlichen Auftrages die deutsche Sprache. Dazu bietet sie für Menschen mit Interesse an Deutschland und der deutschen Sprache neben der Verbreitung deutschsprachiger Rundfunkprogramme auch kostenlose interaktive Deutschkurse zum Selbstlernen auf ihrer Internetseite an.

Der Ausbau von digitalen Informations- und Sprachlernangeboten sowie Lehrerfortbildungsformaten wurde im Berichtszeitraum von den genannten Mittlerorganisationen vorangetrieben und verstärkt. Auf der Plattform www.pasch-net.de finden sich sowohl Fortbildungsmodule für Lehrer (z. B. DSD GOLD) wie auch prüfungsvorbereitende Unterlagen für das Deutsche Sprachdiplom. Unterrichtsbegleitende oder prüfungsvorbereitende Materialien werden auch von der Deutschen Welle und dem TestDaF-Institut online gestellt. Damit werden wichtige Beiträge für eine flächendeckende Versorgung von Schulen, Universitäten und Sprachinstitute sowie eine zunehmende Anzahl autonom Lernender gewährleistet. Über den DAAD und über Projektfinanzierung unterstützt das Auswärtige Amt die Entwicklung und den Einsatz dieser digitalen Angebote für Deutschlehrende und Deutschlernende unterschiedlicher Bildungsniveaus und Altersstufen.

Die digitalen Formate kommen – als Ergänzung zu den klassischen Sprachkursen – auch für Flüchtlinge in Deutschland zum Einsatz, denn das Erlernen der deutschen Sprache ist ein Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Im schulischen Bereich werden die Erfahrungen aus über 40 Jahren Vermittlung von DaF im Ausland von den Partnern und Mittlern erfolgreich genutzt, bspw. für die Konzeption und Durchführung von Willkommensklassen in Deutschland. Hier wird deutlich, dass die Förderung von DaF im Ausland auch Vorteile für das deutsche Schulsystem bietet: Lehrkräfte mit im Ausland erworbenen Erfahrungen bringen in allen Fächern einen konkreten Mehrwert in der Arbeit mit gemischtsprachlichen Klassen bei ihrer Rückkehr nach Deutschland ein.

b) Partnerschulinitiative PASCH inkl. Deutsche Auslandsschulen

Das UN-Nachhaltigkeitsziel 4 verpflichtet die UN-Mitgliedsstaaten, für alle Lebensalter hochwertige Bildungsangebote anzubieten. Die 2008 vom damaligen Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier gegründete PASCH-Initiative „Schulen – Partner der Zukunft“ leistet einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung dieses Ziels, da sie schulische und außerschulische Inhalte, wie z. B. interkulturelle Kompetenz und zivilgesellschaftliche Werte, vermittelt und dabei flexibel mit unterschiedlichen Prüfungsoptionen für DaF den jeweiligen Bedarf der Schülerinnen und Schüler weltweit berücksichtigt. Von Beginn an wurde die Initiative maßgeblich vom Deutschen Bundestag unterstützt.

Gemeinsam. Lernen. Weltweit. – Mit der Umsetzung dieser Idee ist PASCH bisher im Bildungssektor einzigartig. Die geförderten Schulen sind über das Portal www.pasch-net.de vernetzt und verstehen sich als Teil einer weltweiten Lerngemeinschaft, in der Schüler- wie Lehrerschaft Lehrinhalte, Prüfungsthemen und Projektideen virtuell austauschen.

Das PASCH-Schulnetzwerk umfasst derzeit rund 2.000 Schulen – 140 Deutsche Auslandsschulen, 27 Deutschprofilschulen und rund 1.000 von der Zentralstelle für Auslandsschulwesen betreute Schulen, die zum Deutschen Sprachdiplom DSD führen. Ebenfalls Teil von PASCH sind 600 FIT-Schulen, betreut vom Goethe-Institut, in denen das Fach Deutsch auf- und ausgebaut wird und die Schülerinnen und Schüler Deutschprüfungen auf dem Sprachniveau A1-A2 ablegen können. In Deutschland gehören rund 350 Partnerschulen zu PASCH.

Neben GI, ZfA und PAD ist der DAAD ein wichtiger Partner der PASCH-Initiative. Mit seiner Betreuungsinitiative Deutsche Auslands- und Partnerschulen (BIDS) vernetzt der DAAD deutsche Hochschulen mit PASCH-Schulen im Ausland und ermöglicht guten Schulabgängern einen erleichterten Übergang zum Studium in Deutschland, einschließlich studienvorbereitenden Maßnahmen, Beratung in der Bewerbungsphase und einer intensiven Begleitung in den ersten beiden Semestern.

Die Zusammenarbeit der vier PASCH-Partner ist nur durch regelmäßige Abstimmungen und enge Kooperationen möglich. Im Februar 2017 fand erstmalig ein gemeinsames Treffen von über 100 ZfA-Fachberatern und GI-Experten für den Unterricht in Berlin statt.

Im Berichtsjahr hat sich das PASCH-Netzwerk konsolidiert. In der zweiten Hälfte 2017 konnten 41 neue Schulen in das PASCH-Netzwerk aufgenommen werden, darunter erstmals Schulen aus Mauritius, Myanmar und

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

der Dominikanischen Republik. Der Fokus lag insgesamt auf der weiteren Verbesserung des qualitativ hochwertigen Deutschunterrichts sowie der Verstärkung berufsbezogener Sprachförderung.

Im Berichtszeitraum wurde das 2016 geschaffene Alumni-Netzwerk www.pasch-alumni.de weiter ausgebaut. Über diese Plattform bleiben die ehemaligen PASCH-Schülerinnen und Schüler auch künftig Deutschland verbunden und erhalten Gelegenheit, sich untereinander enger zusammenzuschließen. Zuletzt trafen sich im Herbst 2017 rund 100 PASCH-Alumni im Auswärtigen Amt in Berlin, nahmen an Workshops teil und tauschten wertvolle, praktische Information über ihr Studium in Deutschland aus.

Auf eine intensivere Zusammenarbeit und den Austausch im Netzwerk setzen auch die Deutschen Auslandsschulen (DAS). Die Zahl der DAS belief sich 2017 auf 140. Das Auswärtige Amt und die ZfA legten einen Akzent auf die qualitative Entwicklung der Schulen. In einem neuen Format der „Regionalen Netzwerktagungen“ treffen auf Einladung der ZfA jetzt jährlich die Vorstände, Schulleiter und Verwaltungsleiter einer Region zusammen, um sich über Erfahrungen auszutauschen, sowie qualifiziert und beraten zu werden. Hier haben sie die Möglichkeit, über den Dialog und den Austausch guter Praxisbeispiele gemeinsame Lösungsstrategien für typische Probleme der Auslandsschulen zu entwickeln. Auf diese Weise werden Netzwerk und Qualität der Auslandsschulen weiter gestärkt.

Das Auslandsschulnetzwerk zu stärken war auch Ziel des 2014 in Kraft getretenen Auslandsschulgesetzes (ASchulG). Welche Auswirkungen das Gesetz bisher hatte und wie die Auslandsschulen das Gesetz bewerten, wurde 2017 in einer Zwischenevaluation untersucht. Insgesamt beurteilt die Mehrheit der Deutschen Auslandsschulen (71 Prozent) das ASchulG als gut oder sehr gut. Die erhöhte finanzielle Planungssicherheit wurde als positiv bewertet. Verbesserungsbedarf sah eine Reihe von Schulen bei den Unterstützungsangeboten für Ortslehrkräfte. Dieser zunehmend wichtigen Gruppe sollten durch finanzielle Anreize und Fortbildungen zusätzliche Angebote gemacht werden. Auch die bisher vorgesehene Inklusionspauschale wurde als deutlich zu niedrig eingestuft. Die bisherige Förderung erlaube es in einem nur unzureichenden Maße, so kritische Stimmen, Stipendien für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler aus ärmeren Schichten zu erreichen. Ein besonderes Wachstumspotential hätten Auslandsschulen, die das Gemischtsprachige International Baccalaureate (GIB) als Schulabschluss anbieten. Das GIB sieht einen verstärkten Deutschunterricht sowie zusätzlich deutschsprachigen Fachunterricht in den Fächern Biologie und Geschichte vor. Zwar ist damit der Deutsch- und Deutschlandbezug des GIB schwächer ausgeprägt als beim deutschen Abitur. Jedoch berechtigt das GIB grundsätzlich zum Hochschulzugang in Deutschland genauso wie in vielen anderen Ländern. Eine wachsende Zahl von Deutschen Auslandsschulen streben diesen Abschluss an, da er in verschiedenen Ländern (z. B. in Lateinamerika) ein gutes Argument im Wettbewerb um Schülerinnen und Schüler darstellt.

Schulwettbewerbe

Die PASCH-Schulen sind regelmäßig dazu aufgerufen, sich an verschiedenen Schulwettbewerben zu beteiligen. Diese tragen wesentlich dazu bei, die wichtige Rolle der PASCH-Schulen für die Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit bekannter zu machen. Im Berichtsjahr fanden drei Preisverleihungen statt:

Der „Deutsche Schulpreis“ der Robert Bosch Stiftung hat sich seit der Bewerbungsrunde 2015/16 für die anerkannten Deutschen Auslandsschulen geöffnet und wurde im Berliner E-Werk von der Bundeskanzlerin Angela Merkel am 29. Mai 2017 überreicht. Zu den 14 nach Berlin eingeladenen „Finalisten“, gehörten auch zwei DAS – die Deutsche Internationale Schule Boston und die Deutsche Schule Rio de Janeiro. Letztere wurde mit einem der fünf 2. Plätze ausgezeichnet.

Bei den seit 2014 mit der ZfA durchgeführten Wettbewerben „Beruf macht Schule“ und „DAS – gemeinsam lernen und leben“ wurden im Berichtsjahr unter anderem die Berufsschule FEDA in Madrid für das beste Projekt im Bereich Berufliche Bildung (1. Preis „Beruf macht Schule“) und die Deutsche Schule in Barcelona für das beste Projektkonzept zum diesjährigen Ausschreibungsthema Inklusion (1. Preis „DAS – gemeinsam lernen und leben“) ausgezeichnet. Die Preisverleihung fand am 1. Juni 2017 in Anwesenheit der damaligen Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Ulla Schmidt und des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Walter Lindner statt.

c) Wissenschafts- und Hochschulaustausch

Die Förderung der Internationalisierung der deutschen Hochschul- und Forschungslandschaft durch Austausch, Vernetzung und Kooperation im akademischen Bereich und die Stärkung von Wissenschaftsfreiheit bilden den Kern der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik im Bereich Wissenschaft und Hochschulen. Sie dient unmittelbar der Stärkung des Studien-, Hochschul- und Forschungsstandorts Deutschland. Mit dem DAAD als größter Förderorganisation akademischer Mobilität in der Welt und der weltweit angesehenen Alexander von Hum-

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

boldt-Stiftung für Exzellenzförderung schafft das Auswärtige Amt als einziges Ressort ein durchgängiges Angebot von der schulischen Ausbildung über Stipendienangebote für die Besten bis hin zur Förderung von Exzellenz in Wissenschaft und Forschung. Damit werden Bildungsbiographien mit Deutschlandbezug auf allen Ebenen entwickelt und ein Beitrag in der Werbung um die besten Köpfe und zukünftigen Leistungsträger für unser Land geleistet.

Die Internationalisierung des deutschen Hochschulsystems ist stark vorangeschritten. Rund 33.000 Kooperationen werden mit ca. 5.400 Partnerhochschulen in 150 Ländern gepflegt, die auch vom DAAD gefördert werden. Beim Zugang zu Bildung, Studium und wissenschaftlicher Arbeit sind transnationale, akademische Kooperationen ein wesentliches Element und werden in Bedarfsfällen außenpolitisch flankiert.

Neben einer Steigerung der Auslandsmobilität hiesiger Studierenden ist es Ziel der Bundesregierung, die Zahl internationaler Studierender an deutschen Hochschulen bis zum Jahr 2020 auf 350.000 zu erhöhen. 2017 studierten bereits 374 583 ausländische Studierende in Deutschland, das waren rund 13 Prozent aller Studierenden. Die meisten von ihnen kamen aus China, der Türkei, Indien, Italien und Russland. Auch die Zahl US-amerikanischer Studenten in Deutschland ist im Jahr 2017 um 8,1 Prozent angestiegen. Damit ist Deutschland auf einem guten Weg, die Zielvorgabe an ausländischen Studierenden zu übertreffen. Unter den ausländischen Studierenden waren 282 002 Bildungsausländer – d.h. Personen mit einer im Ausland erworbenen Hochschulzugangsberechtigung. Damit ist Deutschland eines der fünf größten Gastländer für Studierende aus dem Ausland und die Entwicklung der Internationalisierung der deutschen Hochschulen ist im Bereich des Ausländerstudiums erfolgreich. Gleichwohl wird Deutschland auch in Zukunft in einem Wettbewerb um die „besten Köpfe“ mit anderen Ländern stehen, die ähnlich ambitionierte Internationalisierungsziele haben. Insbesondere asiatische Staaten, aber auch andere aufsteigende Schwellenländer sind auf dem internationalen Bildungsmarkt aktiv.

Um sich aktiv diesem Wettbewerb zu stellen, vergibt der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) weltweit „Stipendien für die Besten“ (im Jahr 2017: über 139.000 Geförderte, davon 61.528 aus dem Ausland). Neben attraktiven Stipendien, Preisen und internationaler Netzwerkbildung von Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler soll durch die Verbesserung der Willkommenskultur und der Rahmenbedingungen für ausländische Studierende und Promovierende den Herausforderungen der globalisierten Wissensgesellschaft noch besser begegnet werden. Ebenso ist der DAAD nationale Agentur im europäischen Mobilitätsprogramm Erasmus+ und konnte im Jahr 2017 über 50.000 Studierende und Lehrende bei einem Lernaufenthalt in Europa unterstützen.

Die Alexander von Humboldt-Stiftung trägt insbesondere mit ihren personenbezogenen Programmen der Forschungsförderung, aber auch mit strukturfördernden Maßnahmen wie den Humboldt-Professuren wesentlich zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als Hochschul- und Wissenschaftsstandort bei. Im weltweiten Netzwerk der 28.000 Humboldtianer gibt es inzwischen 55 Nobelpreisträger – 2017 erhielt der Biophysiker und Alumnus Joachim Frank den Chemie-Nobelpreis.

Deutschland bleibt auch ein attraktives Land als Wissenschaftsstandort für ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Rund 34.500 deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler forschen und lehren im Ausland.

Im Rahmen der Strategie der Bundesregierung zur Internationalisierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung wurde im Juni 2017 bei der Auftaktveranstaltung unter Vorsitz des BMBF und Auswärtigen Amtes ein „Runder Tisch“ eingerichtet. Er bringt Ministerien, Wissenschaftsorganisationen und Experten mit dem Ziel zusammen, dass diese durch Synergieprojekte die internationale Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft und Forschung fördern. In den Jahren 2017 und 2018 galt dem Thema „Perspektiven schaffen in Afrika“ der Fokus des Runden Tisches.

Die Vernetzung des Wissenschafts- und Forschungsstandortes Deutschland bedeutet einen unmittelbaren Wettbewerbsvorteil und ist Voraussetzung für den Zugewinn an Wissen und technologischen Fortschritt sowie der Sicherung des Wirtschafts- und Innovationsstandorts Deutschland. Gerade für die Exportnation Deutschland ist der grenzüberschreitende Wissenstransfer Garant für Wachstum und Beschäftigung. Die 2017 vollzogene Neuaufstellung der Deutschen Wissenschafts- und Innovationshäuser als Schaufenster des Wissenschafts-, Forschungs- und Innovationsstandortes Deutschland ist ein Beispiel für eine neue und moderne Form der Zusammenarbeit von Politik, Wissenschaft und forschende Wirtschaft.

Zugleich halten die in der Welt stark nachgefragten deutschen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen über ihre substanzielle Zusammenarbeit Kanäle und Zugänge dort offen, wo Wissenschaftsfreiheit in Bedrängnis ist und die hochschul- und forschungspolitischen Rahmenbedingungen schwierig sind. Sie eröffnen vorpolitische Freiräume für Dialog und Zusammenarbeit.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Hochschulen sind für die Überwindung der Wissenskluft und die wirtschaftliche Entwicklung in Entwicklungsländern zentral. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung fordert deshalb explizit den Ausbau von Hochschulbildung und Forschung. 2017 wurde eine neue BMZ-finanzierte DAAD-Programmlinie „Entrepreneurial Universities“ zum Ausbau der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Hochschulen aus Deutschland und Afrika eingerichtet. Sie soll zu einer verbesserten Berufs- und Praxisorientierung durch Vernetzung beitragen.

d) Deutsche Innovations- und Wissenschaftshäuser

Die Deutschen Wissenschafts- und Innovationshäuser (DWIH) wurden 2008/2009 vom Auswärtigen Amt und der Allianz der Wissenschaftsorganisationen in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung mit dem Ziel initiiert, Deutschland als Forschungs-, Wissenschafts- und Innovationsstandort zu stärken. Als „Schaufenster“ bzw. gemeinsamer Auftritt deutscher Wissenschaftsorganisationen bewerben die DWIH in New York, Tokio, São Paulo, Neu Delhi und Moskau den Standort Deutschland und vernetzen sich dort in die Innovationshubs. Daneben zählt die Beratung und Unterstützung interessierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu den Aufgaben der DWIH.

In enger Zusammenarbeit mit den beteiligten Institutionen wurde 2016 eine Neukonzeption für die DWIH erarbeitet. Seit 2017 werden die DWIH vom Auswärtigen Amt über den DAAD institutionell gefördert. Eine neu eingerichtete partizipative Struktur, in der Politik, Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam Programmschwerpunkte und strategische Orientierung der DWIH erarbeiten, hat 2017 ihre Arbeit aufgenommen. Im September 2017 wurde ein neues zentrales Kuratorium der DWIH unter Vorsitz des Auswärtigen Amtes und Ko-Vorsitz der Allianz der Wissenschaftsorganisationen konstituiert. Damit werden die DWIH als ein zentrales Instrument in der Außenwissenschaftspolitik verankert. Mit der neuen Struktur wurde ein weltweit einzigartiges Modell einer kohärenten Außenvertretung der deutschen Wissenschaftslandschaft eingeführt.

Grundlage für die Arbeit der DWIH bilden die Strategie der Bundesregierung zur Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung (2008), die Initiative Außenwissenschaftspolitik (seit 2009), der Aktionsplan „Internationale Kooperation“ (2014) und die im Berichtszeitraum weiterentwickelte Strategie der Bundesregierung zur Internationalisierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung (2017).

e) Berufliche Bildung und Weiterbildung

Weltweit kommt der beruflichen Bildung, insbesondere in der in Deutschland praktizierten dualen Prägung, eine immer stärkere Rolle zu. Dabei wirkt sie als Instrument für wirtschaftliches Wachstum und Stabilität, trägt maßgeblich zur Fachkräftegewinnung bei, bekämpft Jugendarbeitslosigkeit, weist neue Karrieremöglichkeiten für junge Menschen auf und ermöglicht auf dieser Art soziale Teilhabe. Die OECD würdigt in zunehmendem Maße die Vorbildfunktion Deutschlands und auch die Anzahl internationaler Kooperationsanfragen wächst stetig. In der bi- und multilateralen Zusammenarbeit wird die Bundesregierung als wichtiger Partner und Berater wahrgenommen, Berufsbildung ist mittlerweile ein Schwerpunkt vieler Kooperationen.

Das Auswärtige Amt ist durch seine Auslandsvertretungen in den Partnerländern in der Regel der erste Ansprechpartner zu Fragen der Berufsbildungskooperation. Es arbeitet koordinierend mit den anderen Bundesressorts zusammen und setzt sich für den kohärenten Gesamtauftritt der unterschiedlichen deutschen Akteure ein. An den Botschaften werden je nach Bedarf Runde Tische zur internationalen Berufsbildungszusammenarbeit eingerichtet, mit denen mittlerweile an 24 Standorten die deutschen Akteure im Partnerland unterstützt und untereinander vernetzt werden.

Die Zentralstelle der Bundesregierung für internationale Berufsbildungszusammenarbeit (international bekannt unter GOVET – German Office for International Cooperation in Vocational Education and Training) im Bundesinstitut für Berufsbildung unterstützt die Auslandsvertretungen bei der Gestaltung der Runden Tische und berät diese zur Berufsbildungszusammenarbeit. GOVET empfängt jährlich über 40 internationale Delegationen, darunter auch viele Gäste, die im Rahmen des Besucherprogramms der Bundesregierung nach Deutschland kommen. Hinzu kommen jährlich über 600 Informations- und Kooperationsanfragen, die GOVET beantwortet. An acht nationalen Runden Tischen tauschten sich 2017 die Bundesressorts und weitere Akteure zur internationalen Berufsbildungszusammenarbeit aus. Ein Höhepunkt der gemeinsamen Arbeit im Berichtszeitraum war die Konferenz „Berufsbildung stärken – Perspektiven schaffen“[14], in der die Bundesministerien die bisherigen Erfahrungen aus der Umsetzung der „Strategie der Bundesregierung zur internationalen Berufsbildungszusammenarbeit aus einer Hand“ bilanzierten. Diese von GOVET organisierte Veranstaltung bildete gleichzeitig den Auftakt für die geplante Weiterentwicklung der Strategie.

[14] www.berufsbildung.global

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Das Interesse an Berufsbildungszusammenarbeit aus dem Ausland ist gleichbleibend hoch. Derzeit unterhält das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 19 bilaterale Berufsbildungskooperationen mit Partnerstaaten. Im Fokus der Kooperationen stehen Beratungsaktivitäten zum rechtlichen Rahmen, zur Entwicklung kompetenzbasierter Rahmencurricula und zum Aufbau von Kapazitäten für Berufsbildungsforschung und -beratung. Mit gezielten Pilotvorhaben zur Durchführung betrieblicher Ausbildungsgänge oder zur Ausbildung betrieblicher Ausbilder werden umsetzungsbasierte Reform- und Innovationsimpulse gesetzt. Hierzu dienen insbesondere die Beratungsangebote von GOVET und die pilothaften Maßnahmen in den Strategieprojekten „VETnet“, „SCIVET“ und „UNIONS4VET“.

In Mexiko findet bereits eine intensive und konkrete Zusammenarbeit zur Implementierung eines mexikanischen Modells der dualen Berufsausbildung statt, das ressortübergreifend geplant und umgesetzt wird. Die ressortübergreifende Kooperation mit Südafrika wurde im November 2016 um drei weitere Jahre verlängert und fokussiert unter anderem Einführung dualer Berufsbildungsgänge, die Konzeptentwicklung für ein Berufsbildungsinstitut, innovative Kooperationsformen mit Unternehmen in der Berufsbildung und auf die Unterstützung der Aus- und Weiterbildung für Berufsschullehrer im gewerblich-technischen Bereich. Zentrales Element ist die nachfrageorientierte enge Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und Wirtschaft, u. a. über gemeinsame Berufsbildungspartnerschaften. Im Rahmen der langjährigen und vertrauensvollen deutsch-russischen Zusammenarbeit werden die beiden Partnerstaaten in 2019 ein Handbuch der Berufsbildungszusammenarbeit herausgeben, das Best-Practice Beispiele und Entwicklungen seit Einführung der deutsch-russischen Arbeitsgruppe darstellen möchte. Das etwa 200-seitige Handbuch ist ein gemeinschaftliches Projekt, das in zwei Sprachen erscheinen soll. Mit dem Pilotprojekt „Mentoring Dual International“ (MENDI), das Ende 2017 auslief, konnten in Griechenland zum einen ein erfolgreiches Beispiel für duale Ausbildung im Tourismussektor geschaffen und zum anderen Impulse für gesetzliche Novellierungen im Berufsbildungsbereich erarbeitet werden. Die BMBF-Förderinitiative „Berufsbildungsexport“ wurde im September 2016 durch eine neue Bekanntmachung zur „Förderung der Internationalisierung der Berufsbildung“ abgelöst. Damit wird weiterhin der Export von Dienstleistungen deutscher Anbieter der Aus- und Weiterbildung gezielt unterstützt. Zusätzlich werden in neuen Schwerpunkten Sondierungsprojekte in Ländern gefördert, in denen keine BMBF-Kooperationen existieren. Damit wird der Kenntnisstand zu den Berufsbildungssystemen in den betreffenden Ländern systematisiert und Handlungsempfehlungen für Reformansätze generiert. Darüber hinaus wird durch gezielte Projektförderung von Umsetzungsbeiträgen zu bestehenden bilateralen BMBF-Kooperationen das Potenzial deutscher Berufsbildungsdienstleister effizient gestärkt. In einer Aktualisierung der Förderbekanntmachung vom Mai 2017 wird außerdem ein Fokus auf Projekte in Afrika gelegt.

Des Weiteren hat das BMBF im September 2017 eine neue Förderbekanntmachung „Förderung der Forschung zur Internationalisierung der Berufsbildung“ veröffentlicht. Hierbei steht die institutionalisierte Berufsbildungsforschung im Fokus, die für die internationale Zusammenarbeit gestärkt und aufgebaut werden soll. Deutsche akademische Expertise im Bereich der Berufsbildungsforschung und der Ausbildung akademischen Berufsbildungspersonals soll ausländischen Partnern zugänglich gemacht werden und sie bei den nationalen Reformvorhaben unterstützen.

Über Erasmus+ fördert die EU die bildungspolitische Zusammenarbeit in Europa, konkret mit Mobilitätsmaßnahmen in den Bereichen Erwachsenen-, Hochschul- und Schulbildung sowie beruflicher Bildung sowie Jugend und Sport. Darüber hinaus werden mit der neuen BMBF-Pilotinitiative „Ausbildung Weltweit“ Unternehmen in Deutschland darin unterstützt, ihre angehenden Fach- und Führungskräfte sowie das Ausbildungspersonal fit zu machen für den globalen Markt. Im Fokus stehen Auslandsaufenthalte von Auszubildenden, aber auch von Ausbilderinnen und Ausbildern. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Internationalisierung und zur Steigerung der Attraktivität der dualen Berufsausbildung in Deutschland geleistet.

Für Fachkräfte mit ausländischen Qualifikationen, die in Deutschland arbeiten wollen, wurden die Möglichkeiten der beruflichen Anerkennung in den letzten Jahren deutlich verbessert. Das Anerkennungsgesetz schreibt Erfolgsgeschichte: Die Zahl der Anträge ist jährlich deutlich gestiegen (von rd. 15.500 in 2013 auf 25.000 in 2017). Im Jahr 2017 endeten 61 Prozent der Verfahren mit einer vollen Gleichwertigkeit, nur 2 Prozent der Anträge wurden gänzlich abgelehnt. Die unabhängige Evaluation des Anerkennungsgesetzes in 2017 belegte eindeutig die positive Wirkung am Arbeitsmarkt. Dies wird von Informations- und Beratungsangeboten flankiert: Das Portal „Anerkennung in Deutschland“[15] erleichtert das zügige Auffinden der zuständigen Stelle und bietet alle wichtigen Informationen in mittlerweile elf Sprachen an, über die Hälfte der Zugriffe erfolgen aus dem Ausland. Auch etwa 40 Prozent der Ratsuchenden bei der Hotline „Arbeiten und Leben in Deutschland“, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in deutscher und englischer Sprache betreibt, haben

[15] www.anerkennung-in-deutschland.de

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

ihren Wohnsitz im Ausland. Durch das Projekt ProRecognition des BMBF mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK), wird weltweit in acht ausgewählten Auslandshandelskammern eine persönliche Beratung von Anerkennungsinteressierten bereits im Herkunftsland ermöglicht. Im vom BMWi geförderten BQ-Portal[16], dem Informationsportal für ausländische Berufsqualifikationen, finden die für die Anerkennungsverfahren zuständigen Stellen und Unternehmen Informationen, um ausländische Aus- und Fortbildungsabschlüsse schneller und einheitlich bewerten zu können. Das Portal schafft Transparenz und unterstützt die Akzeptanz ausländischer Berufsabschlüsse. Seit 2012 informieren BMWi, BMAS und BA mit „make-it-in-germany.com“ Fachkräfte aus dem Ausland über das Arbeiten, Studieren und Leben in Deutschland. 2017 begann das BMWi mit den Vorbereitungen für den Ausbau zum Portal der Bundesregierung, um ihren einheitlichen Auftritt im Ausland zu fördern. Interessierte Fachkräfte erhalten so alle notwendigen Informationen zu Fragen der legalen Erwerbsmigration nach Deutschland aus einer Hand.

Gut ausgebildete Fachkräfte im Ausland stärken die Wettbewerbsfähigkeit deutscher und lokaler Unternehmen. Das BMWi unterstützt den Aufbau dualer Ausbildungselemente in Partnerländern durch den gezielten Einsatz seiner Instrumente zur Außenwirtschaftsförderung. Das BMWi-Markterschließungsprogramm informiert kleine und mittlere Unternehmen der Bildungswirtschaft über Geschäftsmöglichkeiten im Ausland und stellt Kontakte zu möglichen Kooperationspartnern her. Durchgeführt wurden im Jahr 2017 Informationsveranstaltungen in Berlin für die afrikanischen Märkte in Botsuana, Namibia, Ghana und Südafrika, eine Geschäftsanbahnungsreise nach Italien sowie eine Einkäuferreise für Anbieter aus Ungarn. Mit dem Managerfortbildungsprogramm haben ausländische Führungskräfte aus den Partnerländern die Möglichkeit, mit dem Besuch einer Berufsschule oder eines Ausbildungsbetriebes die Vorteile des dualen deutschen Systems vor Ort praxisnah zu erfahren. Das weltweite Netz der Auslandshandelskammern bietet seinen Mitgliedsunternehmen bereits an zahlreichen Standorten Dienstleistungen im Bereich der dualen Aus- und Weiterbildung an. 2017 ist das BMWi-Projekt „Skills Experts“ in Kooperation mit dem DIHK in sieben Ländern gestartet: Indonesien, Malaysia, Vietnam, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Kenia. Der Skills Expert arbeitet in den Auslandshandelskammern und unterstützt insbesondere kleine und mittlere Unternehmen im Ausland bei der Qualifizierung lokaler Arbeitskräfte. Konkret werden neue duale Ausbildungsprogramme initiiert und gemeinsam mit den Unternehmen bedarfsgerecht entwickelt. Zum Aufgabenfeld der neuen Experten gehören beispielsweise die Gründung von Berufsbildungsgremien, die Vernetzung und Beratung der relevanten Akteure, die Qualifizierung von Ausbildern sowie die Durchführung von Abschlussprüfungen. Das im August 2017 vom BMWi beauftragte Forschungsvorhaben „Analyse der deutschen Bildungswirtschaft im Zeichen der Digitalisierung – wirtschaftliche Bedeutung, Potentiale und Handlungsbedarf“ analysierte die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Bildungswirtschaft.[17]

Das bundesweite Projekt „Berufsbildung ohne Grenzen“ wird seit 2015 vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) gefördert und gemeinsam mit dem DIHK und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) umgesetzt, um die Zahl der Auszubildenden und Fachkräfte, die einen Auslandsaufenthalt absolvieren, zu erhöhen. Hierfür wurde ein bundesweites, kammerübergreifendes Beraternetzwerk aufgebaut. Bundesweit gibt es über 37 Beratungsstellen, meist angesiedelt bei den Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern. Darüber hinaus akquirieren die Mobilitätsberaterinnen und -berater auch Praktikumsplätze in Betrieben in Deutschland für Auszubildende und junge Fachkräfte aus dem Ausland. Im Jahr 2017 wurden mehr als 6.000 Beratungen insbesondere von kleinen und mittelständischen Betrieben und jungen Erwachsenen in Ausbildung und Beschäftigung sowie etwa 650 Informationsveranstaltungen durchgeführt. Auslandspraktika wurden für rund 2.345 Auszubildende und junge Beschäftigte initiiert und organisiert.[18]

In der deutschen Entwicklungszusammenarbeit hat die berufliche Bildung in den vergangenen Jahren aufgrund der stark gestiegenen Nachfrage aus den Partnerländern des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) stetig an Bedeutung gewonnen. Die Zusagen des BMZ haben sich seit 2013 mehr als verdoppelt (von 97 Mio. Euro im Jahr 2013 auf 245 Mio. Euro 2017). Damit ist Deutschland derzeit weltweit der wichtigste Geber in der beruflichen Bildung.

Seit 2016 wird die Förderung der Berufsbildung in allen Partnerländern des BMZ verankert. Im Rahmen der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit werden über 140 eigenständige Berufsbildungsmaßnahmen in derzeit über 70 Ländern durchgeführt. Schwerpunkte des Engagements in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit sind insbesondere die Qualifizierung in der informellen Wirtschaft, im ländlichen Raum, im

[16] www.bq-portal.de

[17] Im Jahr 2017 erwirtschaftete die deutsche Bildungswirtschaft 133,3 Mrd. Euro, also 4,6 Prozent der gesamten deutschen Bruttowertschöpfung in dem Jahr. Die Exporttätigkeit der Bildungsbranche fiel im Jahr 2017 mit 1,4 Mrd. Euro vergleichsweise gering aus, auch wenn die Exporte der Branche seit 2007 stetig gestiegen sind.

[18] www.berufsbildung-ohne-grenzen.de

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Kontext von Flucht und Migration sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter. Der im Jahr 2017 vorgestellte Marshallplan mit Afrika schreibt der beruflichen Bildung eine hohe Bedeutung für die Förderung von Wirtschaft, Handel und Beschäftigung zu. Die Zusammenarbeit zur Berufsbildung mit afrikanischen Ländern wurde daher im Berichtszeitraum ausgeweitet und stärker an der Nachfrage der lokalen Arbeitsmärkte besonders in den Sektoren Landwirtschaft, Gesundheit, Förderung des Handwerks sowie übergreifend zum Thema Digitalisierung ausgerichtet werden. Gemeinsam mit der Afrikanischen Union hat das BMZ die „Skills Initiative for Africa“ zur Verbesserung der Berufsausbildung, insbesondere für Mädchen und Frauen, gestartet.

Die Konzeption der deutschen Entwicklungszusammenarbeit orientiert sich an den erfolgreichen Schlüsselmerkmalen der dualen Berufsausbildung in Deutschland wie beispielsweise der engen Kooperation von Staat und Wirtschaft sowie der arbeitsmarktorientierten und praxisnahen Gestaltung der Berufsbildungsangebote. Das BMZ-Engagement in der beruflichen Bildung wird durch Ansätze der Beschäftigungsförderung flankiert.

Im internationalen Geberkreis setzt sich die Bundesregierung für die Stärkung der wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen durch Berufsbildung ein. Im Rahmen der G7- Präsidentschaft Deutschlands 2015 wurde vereinbart, bis 2030 ein Drittel mehr Frauen und Mädchen in Entwicklungsländern beruflich zu qualifizieren. Dieses Ziel wird in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sukzessive umgesetzt. Das BMZ hat zudem im Rahmen der G20-Präsidentschaft 2017 die Initiative „#eSkills4Girls“ ins Leben gerufen. Die G20-Staaten haben sich zu konkreten Maßnahmen zur digitalen Inklusion sowie zur Förderung der Bildung und Beschäftigung für Frauen und Mädchen in der digitalen Welt verpflichtet. Darüber hinaus unterstützen die G20 als Teil der „Rural Youth Employment“-Initiative die vom BMZ gestartete Initiative „Digital TVET Tender“. Damit werden künftig Berufsbildungskomponenten in Infrastrukturvorhaben integriert sowie berufliche Ausbildung und Investition zusammengebracht. Gemeinsam mit internationalen Partnern wie der Asian Development Bank (ADB) sollen Infrastrukturprojekte somit das Potenzial nutzen, junge Menschen „on the job“ während des Baus von Infrastruktur zu zertifizierten Fachkräften auszubilden bzw. zu qualifizieren.

Zur Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung im landwirtschaftlichen Sektor fördert das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) im Rahmen des Bilateralen Kooperationsprogramms die Berufsausbildung an landwirtschaftlichen Colleges in der Ukraine (Projekt FABU). Zudem ermöglichen landwirtschaftliche Demonstrationsvorhaben des Programms die Fortbildung in modernen Produktionsverfahren, beispielsweise in Sambia, Marokko oder China.

Bereits seit 2012 engagiert sich das vom Auswärtigen Amt geförderte Goethe-Institut mit dem Projekt „Mit Deutsch in den Beruf“ in ganz Südwesteuropa dafür, den Expertenaustausch zur dualen Ausbildung zu verstärken. Zusätzlich wird in Brüssel eine Koordinierungsstelle aufgebaut, die die Aufgabe hat, Erfahrungen von 20 europäischen regionalen Bildungsnetzwerken auszuwerten und konkrete Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. In Italien arbeitet das Goethe-Institut (2,2 Mio. Euro) gemeinsam mit der Stiftung Mercator (1,8 Mio. Euro) und den italienischen Partnern an einem Netzwerk zur beruflichen Bildung, um jungen Menschen in Süditalien den Einstieg zum Berufsleben vereinfachen.

f) Künstlerförderung

Das Auswärtige Amt und der Berliner Senat fördern mit dem Berliner Künstlerprogramm (BKP) des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) die internationale kulturelle Zusammenarbeit, den grenzüberschreitenden Austausch und Dialog sowie die Vermittlung eines aktuellen Deutschlandbildes. Das vom Auswärtigen Amt und dem Berliner Senat gemeinsam finanzierte Programm hat sich zu einem weltweit anerkannten und begehrten Zentrum der Künstlerförderung und einem wichtigen Instrument der deutschen Auswärtigen Kultur und Bildungspolitik entwickelt.

Mithilfe von attraktiven Stipendien wird talentierten und renommierten ausländischen Künstlern in den vier Sparten Bildende Kunst, Film, Musik und Literatur ein bis zu einjähriger Aufenthalt in der internationalen Berliner Kulturszene ermöglicht. Zu den Leistungen des BKP für die Künstler gehört neben einem Jahresstipendium und den Reisekosten auch, dass den Gästen und den sie ggf. begleitenden Familien eine Wohnung sowie Atelierräume zur Verfügung gestellt werden. Während ihrer künstlerischen Tätigkeit in Berlin werden sie durch Programmmittel sowie kuratorische Betreuung darin unterstützt, Ausstellungen, Konzerte, Filmvorführungen, Lesungen, aber auch die Herausgabe von CDs und Katalogen sowie Übersetzungen zu realisieren.

Neben der Vermittlung eines vielfältigen aktuellen Deutschlandbildes zielt das Programm darauf ab, Netzwerke zu wichtigen Multiplikatoren aus aller Welt zu etablieren. In den über 50 Jahren seines Bestehens haben mehr als 1.000 Künstlerinnen und Künstler als Gäste des BKP in Berlin gelebt und gearbeitet. Hierzu zählen Alumni von Weltrang: unter anderem Jim Jarmusch, György Konrád, Imre Kertész, Susan Sontag, Igor Strawinsky und

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Swetlana Alexijewitsch. Für 2017 wurden 19 Künstlerinnen und Künstler – vor allem aus den Sparten Bildende Künste und Literatur, aber auch Musik und Film – von international besetzten Jurys ausgewählt.

5. Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft

Die Zusammenarbeit zwischen Politik und Zivilgesellschaft ist in einer globalisierten Welt, in der entgrenzte Probleme die Tagesordnung prägen und vielschichtige und komplexe Lösungen gefordert sind, unerlässlich geworden. Es gibt viele Beispiele, in denen Politik und klassische Diplomatie an ihre Grenzen kommen. Das Wissen und Wirken der Zivilgesellschaft kann hier ein Schlüssel sein. Sie bringt Menschen zusammen und stärkt damit einen Dialog, der sich auf staatlicher Ebene teilweise viel schwieriger gestaltet. Die stärkere Öffnung gegenüber der Zivilgesellschaft ist daher ein notwendiger Bestandteil deutscher Außenpolitik. Sie befindet sich auf dem Weg zu einer „Außenpolitik der Gesellschaften“ (Dahrendorf).

a) Förderung der Zivilgesellschaft – Östliche Partnerschaft

Der 2014 vom Deutschen Bundestag neu geschaffene Haushaltstitel „Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland“ wurde 2016 um das Zielland Russland ergänzt und in 2017 fortgeführt.

Insgesamt gingen 525 Projektideen mit einem beantragten Fördervolumen von mehr als 47 Mio. Euro ein. Die hohe Zahl und die Qualität der Projektideen zeigen das große Potenzial und die starken Netzwerke, die die deutsche Zivilgesellschaft mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft verbindet.

Ziel des Programms bleibt es, durch zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit Pluralismus zu stärken, Wertediskurse anzuregen, Dialog und Verständigung dort zu fördern, wo territoriale Konflikte Gesellschaften spalten. und das Programm soll vor allem jungen Menschen eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektive geben, damit sie am Aufbau einer offenen, integrativen, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft in ihren Heimatländern mitwirken können.

Insgesamt haben zivilgesellschaftliche Akteure im Jahr 2017 aus Mitteln des Programms 161 Projekte umsetzen können. Tausende insbesondere junge Menschen von Batumi bis Lemberg und von Chişinău bis Charkiw haben die soziale Kraft der Kultur genutzt, um gemeinsam mit ihren deutschen Partnern Brücken zu schlagen und sich den gesellschaftlichen Themen Osteuropas zu stellen: den Traumata bei denjenigen, die aus einer konfliktreichen Vergangenheit kommen, und den Träumen von denjenigen, die Annäherung an Lebensstandards westlicher Länder, Freiheit und Demokratie suchen. Die unterstützten Projekte reichten vom deutsch-ukrainisch-russischen Jugendaustauschprogramm „Meet Up!“ der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft über einen Geschichtswettbewerb des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks (IBB) zu Vernichtungsorten und ihrer Opfer in Belarus bis hin zu Planspielen des Goethe-Instituts für Vertreter von Minderheitsorganisationen. Kulturschaffende kreierten Räume der Begegnung und des Austauschs wie beim internationalen Kulturvermittlungsprogramm „face art – face future 1/ Ernst Barlach – Käthe Kollwitz“ der Ernst Barlach Gesellschaft Hamburg e. V. oder dem Trainingsprogramm der School of Film Agents. Akteure der nationalen Medienlandschaften arbeiteten gemeinsam daran, pluralistische Medienlandschaften aufzubauen und zu stärken. So unterstützte die Deutsche Welle das staatliche ukrainische Fernsehen bei dem bis heute andauernden Umwandlungsprozess in eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt. Die Bundeszentrale für politische Bildung widmete sich unter anderem dem Phänomen der Korruption mit einem Festival unter Einbeziehung von Teilnehmenden aus Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, der Republik Moldau und aus der Ukraine.

b) Strategischer Dialog zwischen dem Auswärtigen Amt und privaten Stiftungen

Der Ende 2015 ins Leben gerufene Strategische Dialog zwischen dem Auswärtigen Amt und deutschen privaten Stiftungen ist eine weitere wichtige Säule der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Zahlreiche deutsche Stiftungen sind international tätig und leisten mit ihrer Arbeit einen wichtigen außenpolitischen Beitrag. Neben ihrer Expertise und ihren Netzwerken sind sie wertvolle Kooperationspartner für viele Bundesressorts.

Seit 2016 bestehen sieben verschiedene thematische oder regionale Arbeitsgruppen zu Afrika, Europa, Iran, Russland und Nordafrika/Nahost sowie zu den Themen „Flucht, Asyl, Migration“ und „Netzwerk- und Alumniarbeit“. Hier treffen sich Vertreter des Auswärtigen Amtes und der Stiftungen, um Schnittmengen zu identifizieren und eine Basis für Austausch und Kooperation zu schaffen.

Das Jahr 2017 wurde genutzt, um die Zusammenarbeit und den Austausch auch außerhalb der Arbeitsgruppen zu verstetigen. Als ein gemeinsamer Interessensschwerpunkt hat sich das Engagement für ein starkes Europa

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

erwiesen. In einem ersten Pilotprojekt gemeinsam mit der TUI Stiftung, der Schwarzkopf Stiftung Junges Europa und der Allianz Kulturstiftung wird ein außerschulischer Jugendaustausch gefördert, der gezielt Jugendliche in den Blick nimmt, die sich bisher kaum mit Europa auseinandergesetzt haben. Auch 2018 werden gezielt Initiativen zu Europa und zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Diskussion über Europa gefördert werden, die auch weitere neue Zielgruppen erreichen sollen.

Ein Thema, das das Auswärtige Amt und die Stiftungen gleichermaßen bewegt, sind die sogenannten „shrinking spaces“[19] für zivilgesellschaftliches Engagement weltweit. Im Rahmen des Strategischen Dialoges werden auch die institutionellen Partner und Mittler der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik sowie weitere Partner aus der Zivilgesellschaft eingebunden werden, um gemeinsam Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.

c) Friedensverantwortung der Religionen

Als drittes Thema der zivilgesellschaftlichen Dimension der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik ist die Zusammenarbeit mit Religionsgemeinschaften hinzugetreten. Religionsgemeinschaften arbeiten weltweit vielfach mit besonderer Motivation, spezifischer Glaubwürdigkeit und internationalen Netzwerken an Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität. Der Arbeitsstab „Friedensverantwortung der Religionen“ leistet seit seiner Einrichtung im Oktober 2016 einen Beitrag zu Stabilisierung, ziviler Krisenprävention und gesellschaftlichem Zusammenhalt durch die Zusammenarbeit mit religiösen Akteuren im Ausland.

Die Initiative „Friedensverantwortung der Religionen“ hatte mit einer großen Konferenz im Mai 2017 ihren öffentlichen Auftakt. Hier trafen sich auf Einladung des damaligen Bundesaußenministers Sigmar Gabriel 100 Religionsvertreterinnen und Religionsvertreter aus 53 Ländern. Vertreter von Judentum, Christentum, Islam, aber auch Baha’i, Jesiden, Alawiten, Ismailiten und Vertreter weiterer Glaubensrichtungen diskutierten unter anderem über die Erziehung zum Frieden, über die Rolle der Religion in den Medien und über Möglichkeiten für Mediation durch Religionsvertreter. Das „Berliner Treffen 2017“ war eine eindrucksvolle Zusammenkunft von Menschen, die teilweise unter schwierigsten Bedingungen in ihren Heimatländern für Frieden und Versöhnung eintreten.

Die Konferenz in Berlin war der Auftakt für den Aufbau eines globalen Netzwerkes von Religionsvertreterinnen und -vertretern, die sich in ihren Ländern und Gemeinschaften für Frieden einsetzen. Es werden derzeit regionale sowie länder- und themenspezifische Formate entwickelt, welche die Friedensbemühungen lokaler Akteure vernetzen und stärken. Im November 2017 fand beispielsweise ein Mediationstraining für 20 Religionsvertreter aus 15 Ländern statt, bei dem Methoden zur Vermittlung in Konflikten eingeübt wurden. Die Religionsvertreter sollen so in ihren Friedensbemühungen unterstützt werden. Die Zusammenarbeit zwischen Außenpolitik und Religionen soll verstetigt und schrittweise auf andere gesellschaftspolitische Fragen ausgedehnt werden.

d) Reformationsjubiläum

Das 500-jährige Jubiläum der Reformation, deren weitreichende theologische, kulturelle und politische Folgen bis heute über die Grenzen Deutschlands und Europas hinauswirken, wurde im Berichtsjahr im In- und Ausland gefeiert. Innerhalb des Bundes lag die Koordination bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Unter anderem förderte sie die international beachtete Sonderausstellung „Der Luthereffekt. 500 Jahre Protestantismus in der Welt“ des Deutschen Historischen Museums in Berlin.

Ein besonderer Schwerpunkt lag auf den USA als dem bei weitem am stärksten von der Reformation geprägten Land außerhalb Europas. Hier konnten mit Unterstützung des Auswärtigen Amts zwei große Ausstellungen realisiert werden. Das Los Angeles County Museum of Art zeigte die kunsthistorische Ausstellung „Renaissance and Reformation: German Art in the Age of Dürer and Cranach“. Das Gemeinschaftsprojekt der Staatlichen Museen zu Berlin, der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden und der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen München präsentierte Schlüsselwerke der deutschen Kunst des 16. Jahrhunderts und gewährte mit mehr als 100 Exponaten einen facettenreichen Blick auf die Reformation und ihre Zeit. Außerdem wurde die unter Federführung des Landesmuseums für Vorgeschichte in Halle kuratierte Ausstellung „Here I stand ...“ mit Gemälden und Exponaten zum Leben und Wirken Martin Luthers mit großem Erfolg in New York, Atlanta und Minneapolis gezeigt. Eine digitale Fassung (#HereIstand) machte die Ausstellung auch weltweit verfügbar. Ausstellungstafeln in neun Sprachen sowie dreidimensional gescannte Artefakte wurden über 19.000 Mal heruntergeladen und auf der ganzen Welt ausgestellt. Mit diesem Ansatz von Infographiken und 3D-Druckern konnte zudem ein Bogen zur Medienrevolution der Reformationszeitgeschlagen werden. Damit haben zwei

[19] Unter „shrinking spaces“ wird die Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume durch restriktives staatliches Handeln verstanden.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

umfangreiche Ausstellungsprojekte das Potenzial der Kooperationen mit Museen für internationale Ausstellungen eindrücklich unter Beweis gestellt.

Die von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien geförderte Wanderausstellung „Reformation im östlichen Europa“ rückte die lebhafte Reformationsgeschichte und regionale Vielfalt dieses geographischen Raums in den Blick. Sie wurde 2017 in Deutschland, Polen, Rumänien, der Slowakei, Tschechien, Ungarn und in Brüssel an insgesamt rund 130 Standorten gezeigt. Die in sieben Sprachen verfügbare Ausstellung konnte von den örtlichen Kooperationspartnern mit regionalspezifischen Exponaten und durch Begleitveranstaltungen ergänzt werden.

Darüber hinaus hat das Auswärtige Amt das Reformationsjubiläum mit über 70 Projekten und einer Vielzahl von Aktivitäten von Europa bis nach Asien weltweit gewürdigt. Dazu gehören Konferenzen, Reiseführer zu Orten der Reformation und zahlreiche Projekte an den Auslandsvertretungen.

Am 31. Oktober 2017 endeten nicht nur die Feierlichkeiten des Reformationsjubiläums sondern auch die Reformationsdekade. Zehn Jahre lang wurden in Themenjahren verschiedene Aspekte beleuchtet, sei es Calvin, die Taufe oder die Musik, aber auch die Schattenseiten der Reformation.

e) Förderung deutscher Minderheiten in Mittel- und Osteuropa einschließlich der Nachfolgestaaten der UdSSR

Die deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa sowie in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion zählen nach wie vor über eine Million Angehörige. Die Förderung der deutschen Minderheiten in 17 Staaten geschieht im Bewusstsein der Folgen des Zweiten Weltkriegs und ist Ausdruck einer besonderen historischen Mitverantwortung.

Gerade in krisenbehafteten Zeiten können die deutschen Minderheiten Brücken zwischen Deutschland und ihren Heimatländern in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur bauen. Sie bilden gemeinsam mit den nach Deutschland ausgesiedelten Deutschen ein wichtiges Element der bilateralen Beziehungen Deutschlands mit diesen Staaten. Länderübergreifende Partnerschaften und Netzwerke der deutschen Minderheiten fördern zudem den interkulturellen Dialog.

Es ist der Bundesregierung ein besonderes Anliegen, die deutschen Minderheiten vor Ort zu unterstützen, sie in ihrer Identität zu stärken und den Erhalt historisch gewachsenen kulturellen Erbes zu sichern. Dabei sind Jugendliche und junge Erwachsene, die die Zukunft der Minderheiten vor Ort sichern, besonders wichtige Zielgruppen. Die Bundesregierung fördert die deutschen Minderheiten aus Haushaltsmitteln des Bundesministeriums des Inneren (BMI) und des Auswärtigen Amts. Das BMI unterstützt in erster Linie gemeinschaftsfördernde, identitäts- und verbandsstärkende und humanitär-soziale Maßnahmen und legt daneben besonderen Wert auf minderheitenspezifische Sprachmaßnahmen mit kultureller Komponente. Der Schwerpunkt der Förderung des Auswärtigen Amtes liegt auf kulturellen, sprach- und bildungspolitischen Vorhaben. Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien fördert darüber hinaus im Rahmen des § 96 Bundesvertriebenengesetz Maßnahmen, die der Bewahrung, Erforschung und Vermittlung des kulturellen Erbes der historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebiete im östlichen Europa dienen, darunter auch Einzelvorhaben des Denkmalerhalts.

Besonderen Wert legt die Bundesregierung auf den Austausch der Minderheiten untereinander, der unter anderem während der 2017 in Berlin stattgefundenen Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) möglich wird.

f) Working Holiday Programm des Auswärtigen Amts

Junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren sammeln als Teilnehmer des Working Holiday Programms wertvolle Lebens- und Arbeitserfahrungen. Während des maximal einjährigen Aufenthalts können sie Ferienjobs ausüben sowie Aus- und Fortbildungskurse belegen, um Sprachkenntnisse zu erwerben und die Kultur und das Alltagsleben im Gastland kennenzulernen.

Working Holiday Programme sind auf Gegenseitigkeit angelegt und bestehen mit Argentinien, Australien, Chile, Hongkong, Israel, Japan, Neuseeland, Südkorea, Taiwan und Kanada (Youth Mobility bzw. Experience Canada Programm). Im Berichtsjahr kam mit Uruguay ein weiteres Land hinzu. 2015 wurde ein Working Holiday Programm mit Brasilien unterzeichnet, das noch nicht in Kraft getreten ist. Weitere Länder, mit denen inzwischen Verhandlungen aufgenommen wurden, sind Kolumbien, Mexiko und Peru.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

g) AArtist in Residence-Programm

Kunst und Kultur müssen in unserer globalisierten Welt immer auch grenzüberschreitend gedacht werden. Die Trennung zwischen Innen und Außen ist aus der Zeit gefallen – auch in der Kunst.

Deshalb hat das Auswärtige Amt gemeinsam mit dem Landesverband Berliner Galerien 2016 das Programm „AArtist in Residence“ gestartet. Es steht ausgewählten Künstlerinnen und Künstlern, die aus dem Ausland stammen oder die sich in ihren Arbeiten stark mit dem Ausland auseinandersetzen, offen. Ziel des Programms ist es, kulturelle Koproduktionen zu ermöglichen. Damit hat sich das AArtist in Residence-Programm in den vergangenen beiden Jahren zu einem Baustein in der Neuausrichtung der auswärtigen Kulturpolitik entwickelt, die auf kulturelle Koproduktion und grenzüberschreitende Zusammenarbeit setzt. Zugleich geht es mit Blick auf das Deutschlandbild im Ausland darum, Berlin als ein internationales Drehkreuz für zeitgenössische Kunst zu stärken, internationales künstlerisches Potential zu nutzen und wiederum nach außen zu spiegeln.

Die pro Jahr ausgewählten drei Stipendiatinnen und Stipendiaten erhalten die Möglichkeit, jeweils für drei Monate im Atelier auf dem Dach des Auswärtigen Amts zu arbeiten. Die entstandenen Werke werden sowohl im Auswärtigen Amt als auch in den sie vertretenden Berliner Galerien ausgestellt.

In 2017 wurden die Künstler Henrik Strömberg, Said Baalbaki und Beatrice Minda von einer unabhängigen Jury als Stipendiaten ausgewählt. Der aus Schweden stammende Henrik Strömberg setzte bereits existierende Objekte aus dem soziokulturellen Kontext zu einer Collage zusammen und schuf so neue visuelle Muster. Der im Libanon geborene Künstler Said Baalbaki, der seit 15 Jahren in Deutschland Heimat gefunden hat, befasste sich anschließend in seinem Projekt „Cookwar(e)“ mit den Mechanismen von Wahrnehmung, Authentizität und Wahrheit und wandelte vor dem historischen Hintergrund des libanesischen Bürgerkriegs Küchenutensilien in militärische Objekte um. Die rumänisch-stämmige Künstlerin Beatrice Minda widmete sich abschließend mit ihren Fotografien aus den Innenräumen kolonialer Häusern in Myanmar Fragen der Erinnerungskultur.

h) CrossCulture-Programm des Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)

Mit dem CrossCulture-Programm (CCP) setzt sich das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) für den interkulturellen Dialog und die Stärkung gesellschaftlicher Netzwerke zwischen Deutschland und der Welt ein. Das aus Mitteln des Auswärtigen Amts finanzierte Austauschprogramm ermöglicht engagierten, in gesellschaftlich relevanten Organisationen tätigen Personen im Alter von 23 bis 45 Jahren zwei- bis dreimonatige, individuell vermittelte Praktika. Jährlich nehmen rund 80 Berufstätige und Ehrenamtliche aus über 35 Ländern am Programm teil. Sie kommen vorwiegend aus Nordafrika, Nah- und Mittelost, Zentral- und Südostasien sowie Ländern der östlichen Partnerschaft und Russland. Interessierte aus Deutschland können sich ebenso für ein Stipendium in den genannten Regionen bewerben. Die Einsatzgebiete sind vielfältig. Sie reichen von politischer Bildung über Medien und Kultur bis hin zu nachhaltiger Entwicklung und Umweltschutz. Nach ihrer Zeit im Ausland engagieren sich CCP-Alumni im Erfahrungs- und Wissensaustausch.

Die Feierlichkeiten zum 100-jährigen Bestehen des ifa 2017 begleitete das Alumni-Netzwerk mit einer CrossCulture-Tour. Von April bis Oktober 2017 reisten sieben ehemalige Stipendiatinnen und Stipendiaten des CrossCulture Programms mit ihren Projekten durch Deutschland und machten den Austausch zwischen Menschen und Kulturen in sieben Städten erfahrbar.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete im Berichtszeitraum das ebenfalls aus Mitteln des Auswärtigen Amts finanzierte CrossCulture-Förderprogramm „Flucht und Migration“. Es dient der Vernetzung, fachlichen Weiterbildung und dem Austausch von Akteuren, die sich in der Flüchtlingsarbeit und in Migrationsfragen engagieren. Der regionale Fokus lag 2017 auf afrikanischen Ländern mit besonderer migrationspolitischer Relevanz.

6. Strategische Kommunikation

In der Strategischen Kommunikation geht es darum, mittel- und langfristig im In- wie im Ausland zu für die deutsche Außenpolitik wichtigen Themen relevante Zielgruppen zu erreichen, insbesondere im digitalen Raum, und ein realistisches Deutschlandbild im Ausland zu vermitteln.

Ein Beispiel für diesen Ansatz ist die seit Herbst 2015 laufende Auslandskommunikation zu Flucht und Migration. Mit Aufklärungskampagnen in Herkunfts- und Transitstaaten konnte das Auswärtige Amt seither Millionen von Menschen erreichen. Diese Kommunikationskampagne ist die bisher größte des neuen Bereichs Strategische Kommunikation im Auswärtigen Amt.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

a) Auslandskommunikation zu Flucht und Migration

Die Entscheidung, sich nach Europa aufzumachen, ist schwerwiegend und wird oft durch bewusste Desinformation von Schleppern beeinflusst. Um vor Falschdarstellungen im Netz zu warnen und kursierende Fehlinformationen zu entkräften, informiert das Auswärtige Amt unter dem Motto #RumoursAboutGermany in den Herkunfts- und Transitländern gezielt über die Gefahren und Kosten dieser Entscheidung, über die geltende Rechtslage sowie das deutsche Engagement zur Schaffung von Bleibeperspektiven vor Ort. Ziel ist es, den von Schleusernetzwerken gestreuten Gerüchten objektive Informationen entgegenzustellen, Menschen Hilfe zu bieten und sie davor zu bewahren, sich auf lebensgefährliche Fluchtrouten zu begeben. Im Berichtsjahr wurde die regionale Ausweitung der Kommunikation auf Herkunfts- und Transitstaaten in Afrika verstetigt.

Im Oktober 2017 wurde die Plattform www.rumoursaboutgermany.info ins Leben gerufen, die die Aufklärungsarbeit des Auswärtigen Amts und seiner Auslandsvertretungen erstmals auf einer eigenen Webseite bündelt und in drei Sprachen – Englisch, Französisch, Arabisch – präsentiert. Die Seite richtet sich in einfacher, klarer Sprache an Menschen, die mit dem Gedanken spielen, nach Deutschland zu kommen, die unterwegs oder bereits in Deutschland sind. Allein in den ersten zwei Wochen nach ihrer Veröffentlichung wurde die Website von 150.000 unterschiedlichen Nutzern aufgerufen und zählte über 4 Millionen Klicks. Täglich informieren sich mehrere tausend Nutzer auf der Website.

Bei der Auslandskommunikation zu Flucht und Migration arbeitet das Auswärtige Amt mit Partnern wie z. B. der Deutschen Welle zusammen. So erreicht die Deutsche Welle mit ihrem Social Media-Blog „Chancen für Rückkehrer“ auf Dari, Paschtu und Urdu Millionen von Nutzerinnen und Nutzern. Mit ihrer im Nahen-/Mittleren Osten sowie Nordafrika populären Fernsehshow *Shababtalk* stellt die Deutsche Welle für ein Millionen-Publikum unter anderem die für Migranten geltende Sach- und Rechtslage in Deutschland sowie das deutsche Engagement für Bleibeperspektiven in den Herkunftsländern dar.

Im Jahr 2017 hat das Auswärtige Amt zudem über 70 Projekte von internationalen Organisationen (unter anderem die Internationale Organisation für Migration (IOM), der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtling (UNHCR)), NGOs (unter anderem Seefar, Help e. V.), Medien (unter anderem Deutsche Welle, dpa, ausländische Mediengruppen wie die Moby Group in Afghanistan) sowie Diasporagruppen in Deutschland gefördert.

Das Engagement in der Kommunikation zu Flucht und Migration wird auch in Zukunft verstärkt werden. Neben Ausbau und Weiterentwicklung der Website (unter anderem laufende Identifizierung und Adressierung neuer Gerüchte und Informationsbedarfe, Einbindung externer Partner wie der Deutschen Welle oder IOM und Erweiterung des Sprachangebots) ist geplant, die Zusammenarbeit mit anderen Partnern innerhalb der EU auszubauen und gemeinsame Kommunikationsprojekte in Drittstaaten aufzusetzen.

b) Europa-Kommunikation

Das Auswärtige Amt baute außerdem sein Engagement in der Europa-Kommunikation als einen weiteren Schwerpunkt aus und führte im Inland Dialog- und Diskussionsreihen zu europäischen und transatlantischen Themen durch.

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung, die seit 2005 die Plattform eurotopics als Instrument zur europäischen Meinungsbildung betreibt, ist es gelungen, die Diskussion in den Medien der EU-Staaten über für Europa entscheidende Themen erfahrbar zu machen und damit ein tieferes Verständnis herauszubilden für das, was Europa ausmacht.

Überdies arbeitet das Auswärtige Amt an einer stärkeren Vernetzung mit den EU-Institutionen im Kommunikationsbereich, u. a. mit der EU Strat Com Task Force East, die sich um Desinformation kümmert.

c) Bürgerdialog

Im Inland hat das Auswärtige Amt seine Anstrengungen einer dauerhaften kommunikativen Öffnung verstärkt und verstetigt. In zahlreichen öffentlichen Diskussionsveranstaltungen, Werkstattgesprächen, Schulbesuchen und durch Online-Beteiligungsformate hat das Auswärtige Amt das Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern zu den Herausforderungen für die deutsche Außenpolitik geführt. Thematische Schwerpunkte bildeten dabei Europa und die transatlantischen Beziehungen.

Angesichts zunehmender Renationalisierungstendenzen und einer Erosion des europäischen Gedankens ist die Notwendigkeit einer breiten und anhaltenden Diskussion um den Wert Europas offenkundig. Die Europäische Union muss ihre Wurzeln stärken, sie muss die Menschen wieder überzeugen. Deshalb hat das Auswärtige Amt mit den Dialogreihen „Welches Europa wollen wir?“ und „Wir gemeinsam in Europa“ 2017 fast 50 öffentliche

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Diskussionsveranstaltungen im ganzen Bundesgebiet durchgeführt. Der damalige Außenminister Sigmar Gabriel diskutierte anlässlich des 60. Jahrestages der römischen Verträge mit 120 Bürgerinnen und Bürgern aus dem gesamten Bundesgebiet im Rahmen der Bürgerwerkstatt Außenpolitik im Auswärtigen Amt über die Zukunft Europas. Mit der Veranstaltungsreihe „Dialogue on Europe“, die das Auswärtige Amt in Kooperation mit dem Think Tank Progressives Zentrum organisiert hat, wurde die Diskussion über Europa, seine Vor- und Nachteile, und Vorschläge wie man Europa besser machen kann auch jenseits unserer Grenzen fortgeführt.

Im transatlantischen Verhältnis werden unter der neuen US-Administration jahrzehntelange Gewissheiten auf den Prüfstand gestellt. Deutschland und Europa sehen sich vor neue Herausforderungen gestellt. Mit einer Dialogreihe zu den transatlantischen Beziehungen wurden Bürgerinnen und Bürger in den Diskussionsprozess hierzu einbezogen.

d) Das Deutschlandbild im Ausland

Eine wichtige Säule der Strategischen Kommunikation des Auswärtigen Amts ist die Förderung des Deutschlandbildes im Ausland (DiA). Ziel ist es, Interesse und Sympathie für Deutschland zu wecken, Diskurse zwischen Menschen und Gesellschaften in aller Welt zu ermöglichen, Wege zu ebnen für persönliche Begegnungen sowie Austausch durch Kommunikation zu befördern. Gleichzeitig stärkt die DiA-Kommunikation das Vertrauen in die deutsche Politik, weil sie gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklungen erläutert und politische Entscheidungen nachvollziehbar macht. Die DiA-Kommunikation wird sowohl vom Auswärtigen Amt als auch von den Auslandsvertretungen betrieben.

Mit der „Deutschland-Plattform“ hat die DiA-Kommunikation im Berichtszeitraum neue Kommunikationsformate ausgebaut. Ankerpunkt dieser Plattform ist die im Mai 2017 neu gestaltete Webseite www.deutschland.de, die täglich über Deutschland berichtet und in neun Sprachen erscheint. Mehrsprachige Auftritte der Plattform auf Facebook, Twitter und Instagram laden zum interaktiven Austausch zu Deutschland ein. Zudem stellt das gedruckte Magazin Deutschland-Edition in bis zu zehn Sprachen themen- und/oder anlassbezogen für Deutschland bedeutende Themen vor. Im Berichtszeitraum erschienen eine Ausgabe zur G20-Präsidentschaft Deutschlands und das Heft „Für den Frieden – Wie Religionen in Konflikten Verantwortung übernehmen.“

Weiterhin steht mit dem Handbuch „Tatsachen über Deutschland“ sowohl in gedruckter Form als auch im Internet eine kompakte Information zu Deutschland in zahlreichen Sprachen zur Verfügung. Das Handbuch ist als kostenfreier Download in allen publizierten Sprachfassungen über www.tatsachen-ueber-deutschland.de abrufbar.

Das Bild, das sich Menschen weltweit von Deutschland machen, speist sich aus verschiedenen Quellen. Ebenso vielfältig ist das Instrumentarium, das das Auswärtige Amt zur Förderung und Pflege des DiA bereithält. Dazu zählen auch das Besucherprogramm der Bundesrepublik Deutschland sowie Vortragsreisen. Jährlich werden ca. 1.000 Multiplikatoren aus dem Ausland nach Deutschland eingeladen und haben so die Möglichkeit, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur in Deutschland persönlich zu erleben. Zudem nimmt die aus dem Etat der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien finanzierte Deutsche Welle (DW) in der Vermittlung des DiA eine wichtige Rolle ein. Die DW steht weltweit für Meinungs- und Pressefreiheit, den Schutz von Menschenrechten, die Vermittlung demokratischer Prinzipien und das Modell der sozialen Marktwirtschaft. In zahlreichen Medienprojekten der DW fördert das Auswärtige Amt die Bereitstellung von Nachrichten, Informationen und Analysen der DW in der Welt.

IV. Die Mittlerorganisationen und andere Einrichtungen der Auswärtigen Kultur- du Bildungspolitik im Überblick

1. Partner und Akteure in einem dynamischen Umfeld

Die Bundesregierung setzt die strategischen Leitlinien für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und arbeitet hierbei mit Mittlerorganisationen und weiteren Partnern zusammen. Das abschließende Kapitel dieses Berichts gibt anhand von Kurzportraits einen Überblick über die wichtigsten Mittlerorganisationen und Partner der Bundesregierung.

Ein Merkmal der Mittlerorganisationen und Partner ist ihre Vielfältigkeit und ihre Unabhängigkeit in der Programm- und Projektgestaltung. Dafür schafft der Deutsche Bundestag durch seine kontinuierliche und substanzielle Unterstützung die Grundvoraussetzung.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

In den Gastländern werden die verschiedenen Akteure durch die deutschen Auslandsvertretungen unterstützt, um die Kohärenz ihrer Arbeit zu stärken. Dieser Koordinierungsaufgabe kommt im Zuge immer komplexerer Herausforderungen sowie einer zunehmenden Anzahl und Diversifizierung der Partner künftig eine noch größere Bedeutung zu. Gleichzeitig macht es der zunehmende Wettbewerb in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik mit anderen Ländern notwendig, dass die Akteure selbst moderne Formen der Kommunikation, der Vernetzung untereinander und der Nutzung neuer Produktionsformate entwickeln.

In den vergangenen Jahren hat die Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteure als Partner in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik zunehmend an Bedeutung gewonnen. So hat das Auswärtige Amt auch im Berichtsjahr die Zusammenarbeit der deutschen Zivilgesellschaft mit ihren ausländischen Partnern (z. B. über Östliche Partnerschaften oder Transformationspartnerschaften) kontinuierlich gestärkt sowie sich selbst intensiver mit Akteuren der Zivilgesellschaft vernetzt (unter anderem Strategischer Dialog mit privaten Stiftungen, Friedensverantwortung der Religionen).

2. Überblick

Goethe-Institut (GI)

Das 1951 gegründete Goethe-Institut (GI) ist die größte Mittlerorganisation innerhalb der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Zu seinem weltweiten Netz gehören unter anderem 160 Institute im In- und Ausland sowie zahlreiche anderer Präsenzformen im Ausland. Grundlage der Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt ist der Rahmenvertrag von 2004. Danach ist das GI mit der Förderung der deutschen Sprache im Ausland, mit der Pflege der internationalen kulturellen Zusammenarbeit und der Vermittlung eines aktuellen und umfassenden Deutschlandbildes betraut. Diese Aufgaben führt das GI in eigener Verantwortung durch.[20]

Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) ist eine Vereinigung von 238 Hochschulen und 107 Studierendenschaften mit dem Ziel der Förderung internationaler Wissenschafts- und Hochschulzusammenarbeit. Seit seiner Gründung hat der DAAD mehr als zwei Millionen Studierende, Graduierte und Wissenschaftler im In- und Ausland unterstützt. Im Jahr 2017 förderte der DAAD 139.758 Personen aus allen Weltregionen – davon 61.528 Ausländer. Die Förderprogramme des DAAD reichen vom Auslandssemester für junge Studierende bis zum Promotionsstudium, vom Praktikum bis zur Gastdozentur, vom Informationsbesuch bis zum Aufbau von Hochschulen im Ausland.[21]

Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH)

Die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) fördert langfristige Wissenschaftskooperationen zwischen exzellenten ausländischen und deutschen Forscherinnen und Forschern. Über Stipendien und Preise kommen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Ausland nach Deutschland, um Forschungsprojekte mit Kooperationspartnern durchzuführen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Deutschland können als Stipendiaten Forschungsprojekte bei wissenschaftlichen Gastgebern im Ausland verwirklichen. Diese umfassen neben den weltweit etwa 29.000 „Humboldt-Alumni“ auch die Trägerinnen und Träger der wichtigsten internationalen Forschungspreise. Dem „Humboldt-Netzwerk“ des wissenschaftlichen und kulturellen Austauschs gehören Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus über 140 Ländern an – unter ihnen 55 Nobelpreisträgerinnen und -träger.[22]

Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative Albert Einstein (DAFI) des UNHCR

Mit der Deutschen Akademischen Flüchtlingsinitiative Albert Einstein (DAFI) des UNHCR finanziert das Auswärtige Amt ein Drittland- bzw. Surplace-Stipendienprogramm, das anerkannten Geflüchteten das Studium an einer Hochschule in ihrem Aufnahmeland ermöglicht. Seit Gründung des Programms im Jahr 1992 haben mehr als 14.000 Flüchtlinge dank DAFI einen Hochschulabschluss erreicht. Das Auswärtige Amt unterstützt DAFI mit rund 3,4 Mio. Euro jährlich. Hinzu kamen 2017 Sondermittel in Höhe von 11,7 Mio. Euro für syrische, aber auch afghanische und afrikanische Flüchtlinge. So konnten im Berichtsjahr insgesamt rund 6.723 junge Menschen aus 40 Ländern studieren, die durchschnittlich drei bis vier Jahre gefördert werden.[23]

[20] www.goethe.de
[21] www.daad.de
[22] www.humboldt-foundation.de
[23] www.unhcr.de/unhcr/dafi.html

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)

Das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) mit Sitz in Stuttgart ist der älteste deutsche Kulturmittler und feierte 2017 sein hundertjähriges Bestehen. Kernaufgaben des ifa sind interkultureller Dialog und zivilgesellschaftliches Engagement. Es fördert den Kunst- und Kulturaustausch in Ausstellungs-, Seminar- und Konferenzprogrammen und unterstützt zivile Konfliktbearbeitung in Krisenregionen. Als Kompetenzzentrum für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik vernetzt es Zivilgesellschaft, kulturelle Praxis, Kunst, Medien und Wissenschaft und bietet Informations- und Dialogforen. Das ifa wird vom Auswärtigen Amt, dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart institutionell gefördert und leistet für das Auswärtige Amt umfangreiche Projektarbeit.[24]

Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA)

Die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA), eine Abteilung des Bundesverwaltungsamts, ist seit 1968 im Auftrag des Auswärtigen Amtes für die schulische Arbeit im Ausland zuständig. Über 2.000 von der ZfA vermittelte Auslandsdienst- und Programmlehrkräfte sowie Fachberaterinnen und Fachberater arbeiteten im Berichtszeitraum im deutschen Auslandsschulwesen. Derzeit betreut die ZfA mit rund 95 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, rund 60 Fachberaterinnen und Fachberatern sowie 16 Prozessbegleiterinnen und Prozessbegleitern die deutsche Auslandsschularbeit.[25]

Pädagogischer Austauschdienst der Kultusministerkonferenz (PAD)

Der Pädagogischer Austauschdienst der Kultusministerkonferenz (PAD) ist im Auftrag der Länder für den internationalen Austausch und die internationale Zusammenarbeit im Schulbereich tätig und bildet eine Abteilung im Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Seine Programme richten sich an Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, angehende Lehrkräfte sowie Schulen in Deutschland und im Ausland. Der PAD organisiert vor allem den internationalen Austausch von Schulklassen, aber auch Lehrer-Hospitationen. Jährlich können allein aus Mitteln des Auswärtigen Amtes rund 16.000 Teilnehmende gefördert werden.

Deutsche UNESCO-Kommission (DUK)

Die Deutsche UNESCO-Kommission (DUK) ist Deutschlands Mittlerorganisation für die Zusammenarbeit mit der UNESCO in Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medienpolitik. Die DUK berät die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag und andere zuständige Stellen in allen Fragen, die sich aus der Mitgliedschaft Deutschlands in der UNESCO ergeben, und wirkt aktiv an der Mitarbeit Deutschlands in der UNESCO mit. Sie unterstützt und koordiniert die Umsetzung der Ziele und Programme der UNESCO in Deutschland. Die internationale Zusammenarbeit fördert sie insbesondere im Rahmen des weltweiten Netzwerks von 199 UNESCO-Nationalkommissionen.[26]

Deutsches Archäologisches Institut (DAI)

Das DAI ist eine Bundesanstalt im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts und hat den Auftrag, archäologische-altertumswissenschaftliche Forschung im Ausland durchzuführen und ist mit über 350 Projekten und auf fünf Kontinenten tätig. Das DAI ist wichtiger Partner der Cultural Diplomacy. Mit seinen Forschungsprojekten schafft das DAI eine wichtige Grundlage für den Dialog zwischen Kulturen, für die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit und für den Erhalt des kulturellen Erbe, zunehmend auch in Krisenregionen. Das DAI stellt der internationalen Fachwelt bedeutende analoge und digitale Forschungsinfrastrukturen zur Verfügung. Als wichtiger Partner der deutschen Außenwissenschaftspolitik fördert und beteiligt es sich an internationalen Studiengängen und bildet in seinen Forschungsprojekten Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus. Seit 2016 koordiniert das DAI das Archaeological Heritage Network, das sich angesichts der steigenden Bedrohungen des Kulturerbes der Menschheit durch Terror, kriegerische Auseinandersetzungen und illegalen Handel zum Ziel gesetzt hat, seine Fähigkeiten im Dienste des Schutzes und der Förderung des kulturellen Erbes zu bündeln. Das DAI genießt als kultureller und wissenschaftlicher Botschafter Deutschlands hohe Reputation, dessen wissenschaftliche Exzellenz durch den Wissenschaftsrat attestiert wurde.[27]

[24] www.ifa.de
[25] www.ausslandsschulwesen.de
[26] www.unesco.de
[27] www.dainst.de

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Zentralstelle der Bundesregierung für internationale Berufsbildungszusammenarbeit (GOVET)

GOVET (German Office for International Cooperation in Vocational Education and Training) im Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) ist die zentrale Anlaufstelle der Bundesregierung für deutsche und ausländische Akteure der Berufsbildungszusammenarbeit. GOVET ist auch Geschäftsstelle des Runden Tisches für internationale Berufsbildungszusammenarbeit, an dem sich die Bundesressorts und weitere deutsche Akteure austauschen und abstimmen. Darüber hinaus begleitet und gestaltet GOVET die bilateralen Berufsbildungskooperationen des BMBF. Auf der Internetseite www.govet.international stellt GOVET im Länderportal und in der Projektdatenbank Informationen zur Berufsbildung in den Ländern und zu den Aktivitäten deutscher Akteure im Ausland vor. Im Jahr 2017 hat GOVET insgesamt acht Filme in verschiedenen Sprachversionen produziert. Der Film „Berufsbildung stärken – Perspektiven schaffen“ informiert über das vielseitige internationale Engagement der Bundesregierung. Für ausländische Akteure, die sich über das deutsche Berufsbildungssystem informieren wollen, wurde der Film „Duale Berufsausbildung in Deutschland“ entwickelt. Der Bereich Service/Beratung bietet unter anderem einen Überblick über die Studienreisen und Fachdialoge, die GOVET betreut. Der Fachdialog ist ein neu eingeführtes, maßgeschneidertes Vorbereitungsprogramm und richtet sich an deutsche Fachleute wie z. B. Botschaftspersonal, GIZ- oder CIM- (Zentrum für Internationale Migration und Entwicklung) Fachkräfte.

iMOVE: Training – Made in Germany

Die BMBF-Initiative „iMOVE“ im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) unterstützt deutsche Aus- und Weiterbildungsanbieter dabei, in internationalen Märkten weltweit erfolgreich zu sein. In den politischen Kooperationsformaten sowie am „Runden Tisch zur Internationalen Berufsbildungszusammenarbeit“ bringt iMOVE die Perspektiven und Potenziale der Aus- und Weiterbildungsbranche ein. Darüber hinaus informiert iMOVE die Unternehmen zu strategischen Fragen, z. B. der Konsortialbildung und der Geschäftsmodellentwicklung. iMOVE veröffentlichte 2017 Marktstudien zu den Ländern Iran, Kenia, Tunesien und Ägypten (Relaunch), 2018 werden Argentinien, Saudi-Arabien und Indien (Relaunch) folgen. Für Interessenten aus dem Ausland ist iMOVE Zugangsweg zur deutschen Bildungswirtschaft.[28]

Informations- und Beratungsstelle für Auslandsaufenthalte in der beruflichen Bildung (IBS)

Damit künftig mehr junge Menschen Auslandserfahrung im Zusammenhang mit einer Berufsausbildung sammeln können, informiert und berät die Informations- und Beratungsstelle für Auslandsaufenthalte in der beruflichen Bildung (IBS) unabhängig zu geeigneten Qualitätsprogrammen und Finanzierungshilfen. Seit 2013 ist sie bei der Nationalen Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) angesiedelt. Die Website www.go-ibs.de bündelt und veranschaulicht Informationen, die bei der Planung und Durchführung berufsbezogener Lernaufenthalte und Qualifizierungszeiten im weltweiten Ausland helfen. Bislang oft verstreut präsentierte Angebote können interessierte Schulabsolventinnen und -absolventen, Auszubildende, Fachkräfte oder Personalverantwortliche in einer Programmdatenbank leicht finden und berufsbezogen vergleichen. Ergänzt wird das Online-Angebot durch eine Beraterlandkarte für die Suche nach spezialisierten Ansprechpersonen. Auch eine Telefon-Hotline zur persönlichen Erstberatung ist geschaltet.

Max Weber Stiftung – Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (MWS)

Die Max Weber Stiftung (MWS) ist eine rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung mit Sitz in Bonn. Ihre Tätigkeitsfelder umfassen die Geschichts-, Kultur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Die MWS ist ausschließlich im Ausland tätig und unterhält neben der Geschäftsstelle in Bonn derzeit zehn Forschungsinstitute.[29] Mit ihren Instituten leistet die MWS einen wesentlichen Beitrag zur wissenschaftlichen Kooperation und Verständigung zwischen Deutschland und den Ländern bzw. Regionen, in denen sie verortet ist. Ihr weltweites Netzwerk konnte sie in den letzten Jahren um weitere Außenstellen und Büros in Berkeley, Delhi, Peking sowie eine Forschungsgruppe in Dakar erweitern.[30]

[28] www.imove-germany.de

[29] Deutsche Historische Institute in London, Moskau, Paris, Rom, Warschau und Washington D. C.; Deutsches Institut für Japanstudien in Tokio; Orient-Institut Beirut mit Außenstelle in Kairo; Orient-Institut Istanbul; Deutsches Forum für Kunstgeschichte in Paris.

[30] www.maxweberstiftung.de

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Kulturstiftung des Bundes (KSB)

Die Kulturstiftung des Bundes (KSB) wurde 2002 als gemeinnützige Stiftung des bürgerlichen Rechts gegründet und hat ihren Sitz in Halle an der Saale. Im Rahmen der Bundeszuständigkeit bei der Kunst- und Kulturförderung konzentriert sich ihre Arbeit auf die Förderung innovativer Programme und Projekte im internationalen Kontext, die auch den Zielen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik dienen Die KSB wird durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien mit ca. 35 Mio. Euro im Jahr institutionell gefördert. Vor allem Austauschprojekte und länderübergreifende Kooperationen spielen dabei eine wichtige Rolle. Die KSB ist ein wichtiger Partner für das Goethe-Institut und häufig maßgeblich an der Finanzierung von Projekten beteiligt.[31]

Haus der Kulturen der Welt (HKW)

Das Haus der Kulturen der Welt (HKW) ist ein Geschäftsbereich der Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH (KBB), deren Alleingesellschafterin die Bundesrepublik Deutschland ist. Die KBB wird institutionell aus dem Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert – 2017 mit einer Summe von rund 28 Mio. Euro. Seit 1989 ist das HKW in der ehemaligen Kongresshalle in Berlin ein kosmopolitischer Ort für die internationalen zeitgenössischen Künste und ein Forum für aktuelle Entwicklungen und Diskurse, in dem sich Wissenschaft und Kunst verbinden. Das HKW zeigt nationale und internationale Werke aus den Bereichen Bildende Kunst, Musik, Literatur, darstellende Künste, Film und Medien und verknüpft sie zu einem interdisziplinären Programm. In Ergänzung der Bundesförderung durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien unterstützt das Auswärtige Amt das HKW mit einer regelmäßigen projektbezogenen Förderung, die durch zusätzliche Mittel aufgestockt werden kann.[32]

Deutsch-ausländische Kulturgesellschaften

In vielen Ländern der Welt leisten lokale Vereinigungen einen wichtigen Beitrag zum Kulturaustausch. Als inhaltlich und rechtlich selbständige Kulturgesellschaften auf nicht-kommerzieller Basis tragen sie zur Förderung der deutschen Sprache bei, informieren aktuell über Deutschland oder bieten kulturelle Programme mit Deutschlandbezug an. Ihr Engagement ergänzt die Tätigkeit des Goethe-Instituts (GI) weltweit. Das Auswärtige Amt fördert die Arbeit deutsch-ausländischer Kulturgesellschaften im Ausland über das GI. Derzeit betreut und fördert das GI im Auftrag des Auswärtigen Amts rund 160 Kulturgesellschaften mit Projektmitteln. Ca. 30 von ihnen mit besonderen Qualitätsmerkmalen haben einen Kooperationsvertrag mit dem GI geschlossen und tragen den Namen „Goethe-Zentrum“. Im Inland unterstützt das Auswärtige Amt die Projektarbeit von gemeinnützigen Vereinigungen, die mit Kultur- und Informationsveranstaltungen den bilateralen Kulturaustausch mit anderen Ländern fördern, darunter fünf Deutsch-Amerikanische Institute.

Fulbright-Kommission

Die Deutsch-Amerikanische Fulbright-Kommission ist eine binationale Institution, die auf deutscher Seite vom Auswärtigen Amt und auf amerikanischer Seite vom US-Außenministerium gemeinsam getragen wird. Sie wurde vor 65 Jahren mit dem Ziel gegründet, das gegenseitige Verständnis zwischen den USA und Deutschland durch akademischen und kulturellen Austausch zu fördern. Die Fulbright-Kommission unterstützt hochqualifizierte Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Hochschuladministratoren, Lehrende sowie Journalistinnen und Journalisten beider Länder mit jährlich über 700 Stipendien.[33]

Villa Aurora und Thomas Mann House

Der Villa Aurora & Thomas Mann House e. V. mit Sitz in Berlin fördert den deutsch-amerikanischen Kulturaustausch. Die Villa Aurora, das ehemalige Wohnhaus von Lion und Marta Feuchtwanger in Los Angeles, ist Künstlerresidenz und Ort der Kulturbegegnung. Sie hält die Erinnerung an Künstlerinnen, Künstler und Intellektuelle wach, die in Kalifornien Zuflucht vor NS-Verfolgung fanden und bedeutenden Einfluss auf das Kulturleben der Westküste der USA hatten. Mit ihrem Stipendienprogramm ermöglicht sie jährlich 12 bis 14 Künstlerinnen und Künstlern aus Deutschland einen mehrmonatigen Aufenthalt in der Villa zur Arbeit an Projekten aus den Sparten Bildende Kunst, Performance, Komposition, Film oder Literatur. Die Arbeit des bisherigen Villa Aurora e. V. wurde mit dem Ankauf des ehemaligen Wohnhauses von Thomas Mann in Los Angeles

[31] www.kulturstiftung-des-bundes.de
[32] www.hkw.de
[33] www.fullbright.de

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

ausgeweitet. Transatlantische Vordenker und Intellektuelle aus den Bereichen Literatur, Journalismus, Geistes- und Sozialwissenschaften erhalten mit einem Thomas Mann Fellowship an diesem historischen Ort seit 2018 Gelegenheit, zu den großen Fragen unserer Zeit Stellung zu beziehen, sich mit Institutionen und Persönlichkeiten in Los Angeles und darüber hinaus zu vernetzen und auszutauschen. Der Villa Aurora & Thomas Mann House e. V. wird vom Auswärtigen Amt und der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert.[34]

Deutsche Auslandsgesellschaft e. V.

Die Deutsche Auslandsgesellschaft e. V. mit Sitz in Lübeck wurde 1949 gegründet. Schwerpunkt ihrer vom Auswärtigen Amt geförderten Arbeit ist die Stärkung von Deutsch als Fremdsprache in Nord- und Nordosteuropa sowie im Ostseeraum vor allem im Bereich der Lehrerfortbildung.[35]

Villa Vigoni

Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, ist seit 1984 durch Annahme eines Vermächtnisses Eigentümerin der Liegenschaft Villa Vigoni in Loveno di Menaggio am Comer See. Mit der Übernahme der Villa Vigoni war die Auflage verbunden, die deutsch-italienischen Beziehungen auf den Gebieten der Wissenschaft, der Bildung und der Kultur unter Einbeziehung ihrer Verknüpfungen mit Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu fördern. Dieser Aufgabe kommt der binationale Trägerverein Villa Vigoni e. V. nach. Unter dem Motto „Deutschland und Italien im vereinten Europa, Europa in der einen Welt“ gestaltet der Verein die Villa Vigoni als einen Ort der Begegnung und des Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Deutschen und Italienern. Von besonderer Bedeutung sind hierbei die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Begegnung von Entscheidungsträgerinnen und -trägern aus Wissenschaft und Politik.

Deutsche Welle (DW)

Die DW ist der Auslandssender Deutschlands. Sie ist staatsfern organisiert und in ihrer Programmgestaltung unabhängig. Mit ihren Angeboten in Fernsehen, Radio und Internet erreicht sie ein weltweites Publikum –auf Deutsch und in 29 weiteren Sprachen. Rund 157 Millionen Menschen weltweit nutzen Woche für Woche die journalistischen Inhalte der DW. Die Deutsche Welle ist eine unabhängige Informationsquelle für Menschen in aller Welt fördert das Verständnis und den Austausch der Kulturen und Völker und schafft einen Zugang zur deutschen Sprache. Damit dient sie zugleich den Zielen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Innerhalb der Bundesregierung liegt die federführende Zuständigkeit bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, aus deren Haushalt sie auch finanziert wird. Im Jahr 2017 waren dies rund 325 Mio. Euro. Außerdem erhält sie Projektmittel aus dem Etat des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.[36]

Auslandskulturarbeit der Kirchen

Die Kirchen sind wichtige Partner der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Die evangelische und die katholische Kirche unterhalten weltweit ein Netz deutscher Auslandsgemeinden und Missionswerke und repräsentieren und fördern deutsche Kultur im Ausland. Die Gemeinden sind hervorragend mit der jeweiligen Ortskirche und Zivilgesellschaft vernetzt. Sie wirken auf vielfältige Weise ins Gastland hinein und sind dauerhaftes Bindeglied zwischen Deutschland und dem jeweiligen Gastland. Im sozialen Bereich sind sie durch ihre Bildungsarbeit und ihr karitatives Engagement in vielen Ländern starke Partner. Darüber hinaus bieten die Gemeinden den im Ausland lebenden Deutschen und ihren Familien eine für viele wichtige seelsorgerische Heimat. Die Auslandsgemeinden und Missionswerke – die vielfältig diakonisch tätig sind – prägen das positive Deutschlandbild im Ausland mit. Daher fördert das Auswärtige Amt deren kulturbezogene Aktivitäten.

[34] www.vatmh.org
[35] www.deutausges.de
[36] www.dw.com

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) ist eine nachgeordnete Behörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern mit Sitz in Bonn. Sie unterhält Medienzentren in Bonn und Berlin und hat die Aufgabe, durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.[37]

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Die unselbständige Stiftung des öffentlichen Rechts wurde in Trägerschaft der Stiftung Deutsches Historisches Museum 2008 gegründet und hat ihren Sitz in Berlin. Im Geiste der Versöhnung soll die Stiftung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihrer Folgen wachhalten. Das sich im Aufbau befindende Ausstellungs-, Informations- und Dokumentationszentrum versteht sich als deutschlandweit einzigartiger, gesamteuropäisch verankerter und international sichtbarer Lern- und Erinnerungsort. Dabei spielt die Zusammenarbeit mit deutschen und internationalen Museen und Forschungseinrichtungen eine wichtige Rolle. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit im europäischen Rahmen und mit Respekt für die Perspektive der Anderen stellt einen Beitrag zu Versöhnung und Verständigung dar. Durch ihre Arbeit wird die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung an der Gestaltung einer friedlichen und gemeinsamen Zukunft in Europa mitwirken. Die Stiftung wird durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien institutionell gefördert.[38]

Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ)

Die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) ist Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für das in der Zeit des Nationalsozialismus begangene Unrecht. Stiftungszweck waren bis 2007 die individuellen humanitären Zahlungen an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter sowie andere Opfer des Nationalsozialismus. Seit Abschluss dieser Zahlungen engagiert sich die Stiftung in der dauerhaften Förderung von Projekten, die der Völkerverständigung, den Interessen der Überlebenden des NS-Regimes, dem Jugendaustausch, der sozialen Gerechtigkeit, der Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme und Gewaltherrschaft und der internationalen Zusammenarbeit auf humanitärem Gebiet dienen.

Bis 2006 konnte die Stiftung 4,37 Mrd. Euro an ehemalige Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter sowie andere Opfer auszahlen. Nach Abzug von Verwaltungs- und Anlagekosten verbleiben aus den jährlichen Erträgen je nach Kapitalmarktlage bis zu 8,3 Mio. Euro als Fördermittel in den Handlungsfeldern „Auseinandersetzung mit der Geschichte“, „Handeln für Menschenrechte“ und „Engagement für Opfer des Nationalsozialismus“. Bei Gründung der Stiftung war ein Kapitalgrundstock von knapp 358 Mio. Euro zur Förderung von Projekten reserviert. Zum Stichtag 31. Dezember 2017 betrug das Volumen für die Kapitalanlagen 523,9 Mio. Euro. Die Stiftung EVZ erreichte bei 130 Projekten rund 5.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Aus dem 2014 neu geschaffenen Haushaltstitel zum „Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft“ fördert das Auswärtige Amt seither gemeinsam mit der Robert-Bosch-Stiftung das Programm „Meet up!“ – Deutsch-Ukrainische Jugendbegegnungen. Es war 2014 von der Stiftung EVZ als Projektträger ins Leben gerufen worden. „Meet up!“ richtet sich an deutsche und ukrainische Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Auszubildende und junge Erwachsene. Durch „Meet up!“ wurden bisher über 130 Austauschprojekte mit etwa 3.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ermöglicht. Das Programm steht seit 2015 auch trinationalen Begegnungen mit jungen Menschen aus Russland offen und bietet damit eine Möglichkeit, den ukrainisch-russischen Dialog aufrechtzuerhalten.[39]

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

[37] www.bp.de
[38] www.sfvv.de
[39] www.stiftung-evz.de